

STUTTGARTER BEITRÄGE ZUR ORGANISATIONS-
UND INNOVATIONSFORSCHUNG

SOI Discussion Paper 2014-01

Konflikte um den Ausbau der Stromnetze

**Status und Entwicklung heterogener
Protestkonstellationen**

Mario Neukirch



Universität Stuttgart

**Institut für Sozialwissenschaften
Organisations- und Innovationssoziologie**

Mario Neukirch

Konflikte um den Ausbau der Stromnetze. Status und Entwicklung heterogener Protestkonstellationen

SOI Discussion Paper 2014-01

Universität Stuttgart

Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie (SOWI VI)

Prof. Dr. Ulrich Dolata

Seidenstr. 36

D-70174 Stuttgart

Tel.: 0711 / 685-81001

Fax: 0711 / 685-81006

<http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/>

Stuttgarter Beiträge zur Organisations- und Innovationsforschung (SOI)

Discussion Paper 2014-01 (1/2014)

ISSN 2191-4990

© 2014 by the author(s)

Mario Neukirch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Organisations- und Innovationssoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart und Research Fellow der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS.

mario.neukirch@sowi.uni-stuttgart.de

Weitere Downloads der Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart finden sich unter:

<http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen/>

Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel basiert auf Ergebnissen des Projekts „Adaptive Capacities, Path Creation and Variants of Sectoral Change“, das im Rahmen der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS durchgeführt wird (Fuchs et al. 2012). Darin wird die Dynamik unterschiedlicher Handlungsfelder betrachtet und danach gefragt, inwiefern alte und neue, zentral und dezentral agierende Akteure des Energieversorgungssystems zur Energiewende beitragen. Eines dieser Handlungsfelder ist der Ausbau der Stromnetze. Nach dem Konzept der Bundesregierung sollen die neuen Leitungen dazu dienen, erneuerbare Energien aus Norddeutschland in die Verbrauchszentren zu transportieren. Weitere Gründe sind der europäische Stromhandel und der Anschluss neuer Kraftwerke.

Jedoch fallen die wesentlichen Projekte teils um Jahre hinter den ursprünglichen Planungszeitplan zurück. Verzögerungen beim Umbau der Energieversorgung werden befürchtet. Das vorliegende Papier untersucht die regionalen Bürgerproteste, die als ein wesentlicher Grund der Verzögerungen gelten. Unterstützt werden die Protestierenden durch betroffene Kommunen und Landkreise, Umweltgruppen und Wissenschaftler. Ein Teil der Untersuchung befasst sich mit der Frage, wie die Protestierenden hinsichtlich ihrer Ziele und Handlungsorientierungen zu klassifizieren sind. In welchem Verhältnis stehen die Akteure zueinander und welche Aussagen lassen sich vor dem Hintergrund, dass im Zuge des Konflikts neue Protestakteure hinzugetreten sind, über Entwicklungen des Handlungsfeldes treffen?

Abstract

This paper is based on the results of the project “Adaptive Capacities, Path Creation and Variants of Sectoral Change”, which is conducted within the framework of the Helmholtz-Alliance ENERGY-TRANS (Fuchs et al. 2012). The project analyzes the dynamics of different action fields. It is being asked in how far old and new, central and decentralized actors contribute to Energy Transition. One of these action fields is the extension of electricity grids. The federal government wants to build new power lines mainly to transport renewable energies from northern Germany to the industrial centers. Further reasons are European power trading and the construction of new power plants.

Most of the crucial projects, however, are lagging behind the original timetable for several years. Delays for the Energy Transition are feared. This paper examines the regional public protests which are considered to be an important reason for these delays. The protest groups are supported by concerned municipalities and districts, environmental organizations and scientists. A part of the investigation deals with the question, in which way the protest actors can be classified considering their aims and orientations for action. What can be said about the relationships between them? New protest actors have entered the action field during the conflict. In which way did their presence lead to changes in the action field?

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Netzausbau – ein konflikträchtiges Handlungsfeld	6
2.1	Zum Wandel institutioneller Rahmenbedingungen der Energiepolitik	6
2.2	Konfliktfeld Netzausbau	8
3	Konzeptionelle Grundlagen	10
3.1	Konzepte zur Erklärung von Stabilität in Organisationen und Feldern	11
3.2	Strategische Handlungsfelder – ein Konzept zur Analyse von Feldveränderungen	14
3.3	Netzausbau als Strategisches Handlungsfeld	19
4	Lokale Auseinandersetzungen um neue Stromleitungen	20
4.1	Fallstudien	21
4.2	Zusammenfassung	31
5	Auswertung 1: Challenger-Typen	33
5.1	Themen-Challenger	33
5.2	Konzept-Challenger	35
5.3	Akzeptanz-Challenger	40
5.4	Zusammenfassung	44
6	Auswertung 2: Veränderungen des Strategischen Handlungsfeldes und Interaktionen zwischen den Challenger-Typen	45
6.1	Veränderung des Strategischen Handlungsfeldes auf der Challenger-Seite	45
6.1	Relationen und Interaktionen zwischen den Challenger-Typen	47
6.3	Netzausbau-Protteste als soziale Bewegung?	51
7	Fazit und Ausblick	53
	Literatur- und Quellenverzeichnis	54
	Literatur	54
	Quellen mit Internetnachweisen	56

1 Einleitung

Seit Jahren wächst der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor. Beim Umbau der Energieversorgung kommt der Windenergie eine tragende Rolle zu. Die meisten windhöflichen Standorte befinden sich in den strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen Norddeutschlands bzw. in der Nord- und Ostsee. Dadurch entsteht in zunehmendem Maße ein Ungleichgewicht zwischen Energieerzeugung und -verbrauch. Um überschüssige Energie nach Süd- und Westdeutschland zu transportieren, plant die Bundesregierung einen weitreichenden Ausbau der Stromnetze, insbesondere der 380kV-Übertragungsebene.¹ Die Art und Weise, wie der Netzausbau umgesetzt werden soll, ist umstritten. Befeuert wird die Debatte durch regionale Proteste, die zur Verzögerung des Ausbaus beitragen.

Das Discussion Paper betrachtet unterschiedliche Protestakteure und fragt nach ihrer Bedeutung hinsichtlich möglicher Veränderungen des Handlungsfeldes ‚Netzausbau‘ und der Interdependenz dieser Akteure. Im Verlauf des Konflikts haben die lokalen Bürgerinitiativen Unterstützung durch eine Vielzahl von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft erhalten.

Ein wesentlicher Teil des Textes widmet sich daher den regionalen Protesten. Dies geschieht im Rahmen einer vergleichenden Fallstudie zu den sechs Protestkonstellationen, in welchen die Konflikte besonders ausgeprägt sind. Zentrale empirische Grundlage sind Dokumente und Zeitungsartikel vorwiegend aus der regionalen Presse, die sich mit den lokalen Protesten befassen, sowie Presseerklärungen, offene Briefe und andere Dokumente, die über Aktivitäten und Positionierungen der Akteure Auskunft bieten. Weiterhin wurden die Internetseiten regionaler und überregionaler Protest-Akteure ausgewertet, auf denen teilweise Dokumente ähnlicher Art verfügbar sind. Berücksichtigt wurden auch einige Fallstudien, die sich mit den regionalen Protesten jeweils einer der geplanten Trassen auseinandersetzen, sowie die der regenerativen Energiebranche zuzurechnenden Magazine *neue Energie*, *Sonne Wind & Wärme* und *Erneuerbare Energien*. Insgesamt acht Experten-Gespräche dienten der weiteren Sondierung des Feldes.²

¹ Hier handelt es sich um die Sichtweise und die Begründung des Netzausbaukonzepts durch Bundesregierung, Deutsche Energieagentur (dena), Bundesnetzagentur und Netzbetreiber, wie sie häufig in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Viele Protestakteure argumentieren demgegenüber, man habe den Bedarf bewusst so geplant, dass Kohlekraftwerke trotz zunehmender Verfügbarkeit regenerativer Energie rentabel betrieben werden und Strom ins Ausland exportieren können (s.u). Diese Ziele des Netzausbaus, Stromhandel und Anschluss neuer Kraftwerke werden im ersten Bundesbedarfsplan der Bundesregierung, dem Energieleitungsausbaugesetz (s.u.), benannt.

² Dabei handelt es sich um halbstrukturierte Leitfaden-Interviews, die per Telefon im Zeitraum vom 3.11.2011 bis 2.9.2013 geführt wurden. Die befragten Personen sind in folgenden Institutionen tätig oder repräsentieren diese: Sachverständigenrat für Umweltfragen, Hochschule Wiesbaden, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Deutsche Umwelthilfe (DUH), BI „Bürger pro Erdkabel Harzvorland e. V.“, Deutsche Energieagentur (dena), Bundesnetzagentur und Netzbetreiber 50Hertz.

Der Text ist folgendermaßen aufgebaut: In einem einführenden Kapitel werde ich zunächst das Handlungsfeld ‚Netzausbau‘ und seine Akteure genauer skizzieren, anschließend den Forschungsstand zur sozialwissenschaftlichen Literatur über den deutschen Energiesektor und thematisch relevante Fallstudien und Gutachten darlegen, Defizite aufzeigen und auf dieser Basis die forschungsleitenden Fragestellungen präzisieren. In Kapitel 3 werden die konzeptionellen Grundlagen der Argumentation erläutert. Die Verwendung der für diesen Text adaptierten Theorie Strategischer Handlungsfelder (Fligstein/McAdam 2011, 2012) steht in Konkurrenz zu anderen Konzepten wie Organisationale Felder (Powell/DiMaggio 1983) oder Großtechnische Systeme (Hughes/Mayntz 1988) und bedarf aus diesem Grund der Erklärung. Danach folgt eine ausführliche Darlegung wesentlicher Aspekte der Theorie Strategischer Handlungsfelder. Das vierte Kapitel betrachtet die regionalen Protestakteure, die entlang der besonders umstrittenen Freileitungsprojekte aktiv sind. Im Zentrum stehen dabei die räumliche Präsenz der Bürgerinitiativen, deren Handlungsorientierungen sowie die Frage, inwieweit von einer Homogenität der Proteste zu sprechen ist. In den beiden nachfolgenden Kapiteln findet die Auswertung statt. Sämtliche lokale und überregionale Akteure werden auf Grundlage ihrer Handlungsorientierungen einem gemeinsamen Akteur-Typ zugeordnet. Im zweiten Teil der Auswertung geht es um konkrete Veränderungen im Handlungsfeld sowie um eine Betrachtung der Interdependenzen und Beziehungen zwischen den Akteuertypen. Verstärken sich die Akteuertypen gegenseitig, oder besteht zwischen ihnen ein ambivalentes oder widersprüchliches Verhältnis? Denkbar ist, dass es sich bei den Netzausbauprotesten um eine soziale Bewegung handelt. Dazu wird im abschließenden Teil eine Einschätzung getroffen.

2 Netzausbau – ein konfliktträchtiges Handlungsfeld

2.1 Zum Wandel institutioneller Rahmenbedingungen der Energiepolitik

Für eine soziologische Betrachtung der Konflikte um den Netzausbau ist es wesentlich zu sehen, dass sich die Auseinandersetzungen innerhalb eines veränderten und sich noch immer wandelnden institutionellen Kontextes der Umwelt- und Energiepolitik bewegen (Mautz et al. 2008). Traditionell sollte die Energieversorgung so kostengünstig wie möglich sein. Umweltpolitische Aspekte und die Interessen Einzelner, bspw. in der Nähe geplanter Kraftwerke und Hochspannungsleitungen lebender Personen, waren häufig zweitrangig. Internationale Umweltproteste, der Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums (1972), die Ölkrise (1973), frühe Erfolge der Windenergie in Dänemark und Kalifornien (1980er), vehemente Proteste sozialer Bewegungen gegen die Atomenergienutzung und schließlich die Katastrophe von Tschernobyl (1986) stellen die wichtigsten historischen Bedingungen des

kontinuierlichen Ausbaus der erneuerbaren Energien dar.³ Gründung und Erfolg der Grünen-Partei, aber auch die Entstehung von Umweltverbänden sind Teil der Institutionalisierung der Proteste gegen Nuklearanlagen und Umweltzerstörung. Mit dem Ausbau der regenerativen Energienutzung war zudem ein weitgehender institutioneller Wandel auf legislativer und wirtschaftlicher Ebene einhergegangen. Dazu zählen der Einspeisevorrang gegenüber konventioneller Energie, Anschlussgarantie und Mindestvergütung für Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Herausbildung von Branchenverbänden (bspw. Bundesverband Erneuerbare Energie, Bundesverband Windenergie, Fachverband Biogas und Bundesverband Solarwirtschaft). In der Folge kam es zu einer veränderten Wahrnehmung der Energiepolitik seitens der Öffentlichkeit. Neben das klassische Paradigma der Energieversorgung, „sicher und kostengünstig“, traten nun die Zielsetzungen Umweltkompatibilität und Nachhaltigkeit. Vor diesem Hintergrund und der wachsenden Verfügbarkeit entsprechender Erzeugungstechnologien gewann das Leitbild einer dezentralen Versorgung auf Basis regenerativer Energien an Zuspruch. Nicht länger sollte die Umwelt durch große und im Betrieb riskante und umweltschädigende Atom- und Kohlekraftwerke belastet werden (Mautz et al. 2008).

Zu den typischen Eigenschaften traditioneller großer Energieversorgungssysteme gehört die allgegenwärtige Präsenz oberirdischer Stromleitungen und -masten. Beschwerden darüber, dass diese zu nah an Siedlungen oder sogar über diese hinweg liefen, wurden in der Vergangenheit kaum öffentlich wahrgenommen. Heute lautet eines der zentralen Protest-Statements: „Energie soll nicht nur nachhaltig produziert, sondern auch nachhaltig transportiert werden!“ Keineswegs werden die Proteste gegen Freileitungen nur von unmittelbar betroffenen Einzelpersonen getragen. Die Vielfalt der Protestakteure und die mediale Aufmerksamkeit, die ihnen zuteil wird, sind vielmehr Ausdruck eines veränderten sozio-kulturellen Umfeldes. Vor diesem Hintergrund lässt sich verstehen, weshalb die Proteste, die zunächst von einzelnen, eigentlich machtlosen Bürgerinitiativen (BI) ausgegangen waren, auf große öffentliche Resonanz treffen und potenziell die Entscheidungen etablierter Akteure beeinflussen. Um zu analysieren, auf welche Weise Beeinflussung möglich wird und wie diese im Detail verläuft, ist eine Analyse auf der Meso-Ebene – hier die Analyse eines Handlungsfeldes – erforderlich.

³ Für die Bundesrepublik Deutschland kommt der Windenergie die Rolle eines Toröffners zu. Die kommerzielle Nutzung dieses Energieträgers begann hierzulande in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre (Neukirch 2010). Die Festlegung technologiespezifischer Einspeisetarife im Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000 führte seitdem dazu, dass auch der Betrieb von Photovoltaik- und Biogasanlagen einen Aufschwung erfuhr (Mautz et al. 2008).

2.2 Konfliktfeld Netzausbau

Bei den geplanten Stromtrassen, um die aktuell gestritten wird, handelt es sich insbesondere um einige Vorhaben, deren Umsetzung durch das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) im Jahr 2009 festgeschrieben wurde. Das EnLAG, der Bedarfsplan der Bundesregierung, definiert den Neubau bzw. die Erweiterung von 24 Stromleitungen der Gesamtlänge von 1.855 km. Alle besonders umkämpften Projekte befinden sich im Verzug. Teilweise hätten sie bereits im Jahr 2010 den Betrieb aufnehmen sollen. Zusätzlich zum EnLAG sollen weitere Leitungen gebaut werden.⁴ Deren Planungsstand ist jedoch mit wenigen Ausnahmen nicht konkret genug, als dass sich regionale Proteststrukturen entwickelt hätten, die sich für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung eignen. Daher fokussiert sich der Beitrag auf die EnLAG-Projekte.

Akteure im Handlungsfeld

In dem Feld Netzausbau existieren drei große Gruppen von Akteuren: Erstens die Netzbetreiber, von denen die Leitungen geplant werden. Zweitens die Protestakteure, also Bürgerinitiativen, Kommunalparteien, Bürgermeister, Kommunen, Landkreise, Umweltgruppen, Akteure aus Wissenschaft und (Oppositions-)Politik. Drittens alle staatlich-politischen Akteure auf Bundesebene, von denen die Rahmenbedingungen für den Netzausbau geschaffen wurden. Die Protestierenden stellen vor allem die Forderung auf, die Leitungen teilweise oder vollständig unterirdisch zu verlegen. Da diese Erdkabel-Forderungen von den Netzbetreibern i.A. zurückgewiesen werden, besteht der Konflikt zunächst zwischen ihnen und den Protestgruppen. Andererseits werden die Leitungsprojekte von der Bundesregierung befürwortet und wurden im Rahmen des EnLAG sogar gesetzlich bestätigt. Der Einsatz von Erdkabelabschnitten ist im EnLAG nur in geringem Umfang vorgesehen. Daher richten sich die Proteste auch an die Adresse der Bundesregierung und die zuständigen Behörden, deren Planungsverfahren und erteilte Genehmigungen von den Akteuren als illegitim angesehen werden. Insgesamt ist das Handlungsfeld nicht durch die Existenz einer deutlichen Konfliktlinie gekennzeichnet. Vielmehr setzen die Protestierenden unterschiedliche Prioritäten bei ihren Forderungen und adressieren diese nicht im gleichen Maße an jeden der etablierten Akteure. Dabei gilt: Je weitgehender die aufgestellten Forderungen, desto mehr richten sie sich an den Gesetzgeber. Je moderater und projektbezogener die Forderungen, desto eher sind sie an die Netzbetreiber adressiert.

⁴ Dazu hat die Bundesnetzagentur in Abstimmung mit den vier Übertragungsnetzbetreibern im Jahr 2012 einen zweiten Bedarfsplan entwickelt. Darin wurde der Bau weiterer 2.800 km 380kV-Höchstspannungsleitungen sowie rund 2.900 km Verstärkung bestehender Trassen beschlossen (BMWi 2013: 3).

Stand der Forschung

Es gibt mittlerweile eine beachtliche Zahl an Studien, die sich mit der Energiewende und der Entwicklung regenerativer Energien in der Bundesrepublik Deutschland aus sozialwissenschaftlicher Perspektive beschäftigen (u.a. Reiche 2004; Bauknecht et al. 2006; Jacobsen/Lauber 2006; Reiche 2004; Byzio/Heine/Mautz/Rosenbaum 2002; Mautz/Byzio/Rosenbaum 2008; Ohlhorst 2011; Bruns et al. 2011; Mautz/Rosenbaum 2012).

Für sozialwissenschaftliche Fragestellungen sollten auch die Konflikte um den Netzausbau ein interessantes Untersuchungsfeld darstellen. Möglicherweise aufgrund der technischen Komplexität des Themas und der relativ kurzen Zeit seines Bestehens (seit etwa 2005) sind aber kaum Arbeiten verfügbar. In einem Aufsatz über „Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende“ (Marg et al. 2013) interpretieren die Autoren die Motivation der Protestakteure u.a. auch zum Netzausbau. Problematisch ist, dass eine technologiebezogene Differenzierung der Proteste nicht vorgenommen wird. Proteste gegen Wind- und Solarparks, Pumpspeicherkraftwerke und Netzausbau werden auf eine Stufe gestellt mit Protesten gegen den Bau von CCS-Anlagen (CCS = Carbon Capture & Storage). Eine Auseinandersetzung mit den jeweiligen Argumenten der Protestakteure (bspw. zur klimapolitischen Bedeutung der Projekte) findet ebenso wenig statt wie eine Betrachtung der teilweise sehr heterogenen Akteurkonstellationen auf Seiten der Projektplaner. Für eine adäquate Einschätzung der Protestmotivationen wären beide Differenzierungen aber notwendig gewesen. Zu den wenigen Ausnahmen differenzierter Auseinandersetzungen mit dem Thema zählt eine politikwissenschaftliche Analyse der Hemmnisse beim Netzausbau (Bruns et al. 2012).

Neben diesen sozialwissenschaftlichen Arbeiten wurde eine Reihe von Gutachten und Fallstudien berücksichtigt, die sich aus unterschiedlicher disziplinärer und interdisziplinärer Perspektive mit den Konflikten um den Netzausbau auf regionaler Ebene auseinandersetzen. Zu nennen sind hier: Schweizer-Riess et al. (2010) für die Trasse Walle–Mecklar; Zimmer et al. (2012) für die Uckermarkleitung und Schnelle/Voigt (2012) für die Thüringer Strombrücke. Für die Proteste um die geplante Leitung von Halle nach Schweinfurt (EnLAG Nr. 4) sind wissenschaftliche Gutachten von Lorenz Jarass und Gustav M. Obermair (2007, 2009, 2010) von herausragender Bedeutung. Den Gutachten zufolge sei für die Leitungsplanung keine angemessene energiewirtschaftliche Begründung erfolgt. Daher lehnen Jarass/Obermair (2009) den Bedarfsplan der Bundesregierung ab. Hirschhausen et al. (2010) setzen sich kritisch mit der Netzstudie der Energieagentur „dena-2“ auseinander. Im Plan N der Deutschen Umwelthilfe (2010) werden die Ergebnisse der Diskussion unterschiedlicher am Netzausbau direkt oder indirekt beteiligter Akteure zusammengefasst und Einschätzungen darüber getroffen, auf welche Weise der Netzausbau möglichst konfliktarm von statten gehen könnte. Vom allgemeinen Diskurs abweichend („Netze

müssen dringend ausgebaut werden!“) bewerten zwei Studien des DIW (Hirschhausen et al. 2012; Gerbaulet et al. 2013) den Netzausbau nicht als wesentliches Hemmnis der Energiewende.⁵

Forschungsfragen

Zur Interpretation der Entwicklung von Handlungsfeldern ist der Blick auf Konflikte, sei es bspw. die Einführung neuer Technologien oder der Bau von Großprojekten, generell von hohem Interesse. Häufig ist die Präsenz neuer Akteure mit veränderten Interpretationsansätzen und Handlungsorientierungen Ausdruck weitgehender sozio-technischer Umbrüche. Die übergeordnete Kernfrage der Untersuchung zielt auf die Interpretation der Rolle der Protestakteure und der mit ihrem Auftreten verbundenen Entwicklungen.⁶ Im Detail geht der Text diesen Forschungsfragen nach:

- Wer sind die Protestierenden? Wie lassen sie sich kategorisieren?
- Welche Forderungen stellen die Protestierenden, und an welchen Orten sind sie präsent?
- Worin bestehen die Handlungsorientierungen der Akteure? Über welche Ressourcen verfügen sie, um ihre Ziele zu erreichen?
- Wie stellen sich die Interaktionen zwischen den Akteuren dar? Handelt es sich bei den Protesten insgesamt um eine homogene Formation oder bestehen innere Widersprüche?
- Welche Veränderungen des Handlungsfeldes zeichnen sich ab? Welcher Dynamik unterliegt die Protestkonstellation?
- Inwieweit handelt es sich bei den Protesten um eine soziale Bewegung?

3 Konzeptionelle Grundlagen

Sozialwissenschaftliche Fragestellungen, die sich mit Themenfeldern des Energiesektors beschäftigen, sind in der Vergangenheit häufig auf Basis von Konzepten zur Erklärung von Stabilität erörtert worden (große technische Systeme, Pfadabhängigkeitstheorem und organisationale Felder). Vor dem Hintergrund einer wachsenden Krisenanfälligkeit des deutschen Energiesektors und der Bedeutung „externer“ Ak-

⁵ Einige der hier genannten Autorinnen und Autoren treten selbst als Akteure im untersuchten Handlungsfeld auf (s.u.).

⁶ Im Rahmen dieser Studie sind nicht nur die Protestakteure, sondern auch die etablierten Akteure untersucht worden. Die Ergebnisse über die etablierten Akteure werden Gegenstand einer geplanten weiteren Veröffentlichung sein; hier geht es insbesondere um ihre Reaktionen auf die Forderungen und etwaige, daraus abzuleitende Veränderungen des Handlungsfeldes.

teure für Veränderungsprozesse nimmt die Attraktivität derjenigen Konzepte zu, die sozio-technischen Wandel und Wandlungsfähigkeit der Sektoren betonen.

Von dieser Überlegung ausgehend wird nachfolgend die Verwendung der Theorie Strategischer Handlungsfelder (Fligstein/McAdam 2011, 2012) in Abgrenzung zu stabilitätsorientierten Ansätzen begründet. Es folgt eine Darlegung basaler Elemente der Struktur von strategischen Handlungsfeldern und die Begründung einiger Modifizierungen und Ergänzungen des Konzepts, wie sie für diese Arbeit vorgenommen wurden.

Die wesentlichen Merkmale des hier verwendeten Untersuchungskonzepts werden abschließend zusammengefasst. Zentrale Elemente strategischer Handlungsfelder werden ergänzt um Eigenschaften organisationaler Felder (DiMaggio/Powell 1983) und Einsichten des akteurzentrierten Institutionalismus (Scharpf 2000).

3.1 Konzepte zur Erklärung von Stabilität in Organisationen und Feldern

Große technische Systeme und Pfadabhängigkeit

Sozio-technisch betrachtet spricht manches dafür, die Stromnetze (und mithin die Konflikte um den Netzausbau) als Komponente eines großtechnischen Systems zu interpretieren (Hughes/Mayntz 1988). Dabei handelt es sich um große Infrastrukturen, die elementare Funktionszwecke erfüllen (bspw. Personen- und Gütertransport, Wasserversorgung und Telekommunikation). Zu den Eigenschaften dieser Gebilde zählen ihre große räumliche Ausdehnung, langfristige Kontinuität, hohe Kapitalkosten der Erstellung und ihre Wachstumstendenz (Baedeker 2002: 17). Von besonderer Relevanz für das Forschungsthema ist die Frage von Stabilität und Wandel. Dem Modell großtechnischer Systeme zufolge entwickeln diese Gebilde mit wachsender Größe eine zunehmende Beharrungskraft gegen Veränderungen (Baedeker 2002: 20f.).

Über lange Zeit schien es, als sei das deutsche Energieversorgungssystem ein prototypisches Beispiel großtechnischer Systeme. Trotz der gesellschaftskritischen Debatten um Wirtschaftswachstum (frühe 1970er Jahre), der Konflikte um die Atomenergienutzung (seit Mitte der 1970er Jahre), dem GAU von Tschernobyl (1986), der Einführung regenerativer Energien (seit circa 1986), der Debatte um Klimaschäden (seit 1990er) und trotz der Versuche zur Marktliberalisierung (1998) änderte sich am Status quo zentralisierter, auf nuklear-fossilen Kraftwerken basierender Versorgung kaum etwas.

Man könnte den Zeitraum der letzten 40 Jahre als eine Geschichte wachsender Probleme und zunehmender Legitimitätsanforderungen dieses Systems erzählen. In den letzten Jahren sind weitere Herausforderungen für einen Teil der etablierten Akteure hinzugetreten.

Zu nennen sind hier im Wesentlichen drei Triebkräfte und Entwicklungen: Dabei handelt es sich erstens um die zunehmende Bedeutung erneuerbarer Energien für den Stromsektor. Immer mehr Wind-, Photovoltaik- und Biogasanlagen, betrieben von unabhängigen Akteuren (bspw. Hausbesitzer, Landwirte, Bürgergruppen, Fondsgesellschaften), genießen gegenüber konventionellen Kraftwerken Einspeisevorrang. Hinzu kommt zweitens der erneute Atomausstieg im Jahr 2011. Nach dem Atomunglück im japanischen Fukushima erhielt dieser Schritt einen breiteren Rückhalt in Politik und Gesellschaft, als dies je zuvor der Fall gewesen war (Becker 2011). Statt der kaum ein Jahr zuvor beschlossenen Laufzeitverlängerung durch die konservativ-liberale Bundesregierung mussten die Eigentümer der Atomkraftwerke⁷ nun mit ansehen, wie im Sommer 2011 beschlossen wurde, dass acht (ihrer insgesamt 17) AKW endgültig stillgelegt wurden. Drittens gründete die Marktmacht der etablierten Akteure, insbesondere die der vier großen Energiekonzerne, auf dem Betrieb der Stromübertragungsnetze. Auf Druck der EU-Kommission haben sich diese Unternehmen weitgehend dazu genötigt gesehen, die Übertragungsnetze zu verkaufen (ebd.).

Insgesamt haben diese Erschütterungen und Irritationen das etablierte System und seine maßgeblichen Akteure mittlerweile so stark herausgefordert, dass der Erklärungswert des Konzepts großtechnischer Systeme für Problemstellungen im Bereich des deutschen Stromsektors stark abgenommen hat. Ähnliches gilt auch für sozialwissenschaftliche Konzepte wie Pfadabhängigkeiten, die eher auf die Erklärung von Stabilität als Wandel ausgerichtet sind (Werle 2007; Beyer 2006; Unruh 2000).

Akteure und Organisationale Felder

Der Atomkonflikt und das kontinuierliche Wachstum regenerativer Energien haben Teile des Systems verändert: Neben die wenigen etablierten Akteure des traditionellen Energiesystems sind zahlreiche Betreiber von Wind- und Solaranlagen getreten. In Teilen der Gesellschaft begann sich die Vision einer umweltkompatiblen und dezentralen Energieversorgung zu verfestigen. Solche Veränderungsprozesse lassen sich durch Konzepte, die mit Pfadabhängigkeiten argumentieren, generell nur schwer erklären.

Um weiter zu funktionieren hätte das System – aus wirtschaftlich-technischer Perspektive betrachtet – von sich aus keinerlei Modifikationen vorzunehmen brauchen. Ohne den Blick auf externe Geschehnisse zu richten – das Handeln sozialer Bewegungen, Bürgerinitiativen, die Präsenz neuer Diskurse in Politik und Gesellschaft – lassen sich die Änderungen nicht begreifen. Für eine soziologische Analyse von Themenstellungen, die sich mit Entwicklungen des deutschen Energiesektors befassen, ist daher die Verwendung von akteurorientierten Konzepten geboten.

⁷ Dabei handelt es sich E.on, RWE, Vattenfall und EnBW, von denen mehr als 80 Prozent der konventionellen Kraftwerke betrieben werden.

Um die Handlungen und die Wirksamkeit eines Akteurs einzuschätzen, sind nach dem Konzept des akteurzentrierten Institutionalismus Scharpf (2000: 95) zufolge dessen Handlungsorientierungen und -ressourcen maßgeblich. Aus den Handlungsorientierungen der Akteure lassen sich Rückschlüsse über deren Optionen ziehen. Die jeweils verfügbaren Ressourcen der Akteure bieten Aufschlüsse über die Möglichkeiten, eigene Ziele zu verfolgen. Handlungen und Handlungsspielräume der Akteure sind dabei stets eingebettet in soziale Kontexte. Eine Atomkatastrophe stärkt die Position der AKW-Gegner, während die Befürworter angesichts wachsender Strompreise Oberwasser gewinnen. Zur genaueren Beurteilung der Stärke eines Akteurs ist damit eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen. Hier geht es zum einen darum, die Handlungsressourcen eines Akteurs relativ zu anderen Akteuren zumindest grob einzuschätzen. Zum anderen soll dargelegt werden, auf welche Art Handlungsressourcen die Akteure zurückgreifen können.

Für diesen Text wesentlicher ist allerdings das Konzept der Handlungsorientierungen. Es geht um die Interessen des Akteurs, seine Wahrnehmungen, Präferenzen sowie die normativen Rollenerwartungen, die an ihn gestellt werden (ebd.: 95, 116ff.). Für die betrachteten Akteure wird jeweils danach gefragt, welche Art der Handlungsorientierungen für sie charakteristisch sind. Dies ermöglicht nicht nur Einsichten über Motivationsgründe der Akteure, sondern auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen ihnen. Einerseits besteht die Möglichkeit, dass sich konträre Forderungen auf divergierende Handlungsorientierungen zurückführen lassen. Ebenfalls denkbar wäre, dass Akteure trotz gegensätzlicher Handlungsorientierung dieselben Forderungen artikulieren.

Es wäre naheliegend, diese Betrachtungen über die Akteure im Handlungsfeld ‚Netzausbau‘ in das Konzept organisationaler Felder nach DiMaggio/Powell (1983) einzubetten. „By organizational field, we mean those organizations that, in the aggregate, constitute a recognized area of institutional life: key suppliers, resource and product consumers, regulatory agencies, and other organizations that produce similar services or products. The virtue of this unit of analysis is that it directs our attention not simply to competing firms [...] or to networks of organizations [...], but to the totality of relevant actors.“ (ebd.: 148)

Anders als bei den pfadabhängigkeitsbasierten Erklärungsmodellen findet hier eine Differenzierung aller relevanten Akteure im Feld statt. Für das Handlungsfeld ‚Netzausbau‘ könnte das organisationale Feld als eine Art Sortiermechanismus fungieren: Wer sind die Akteure und welche Rolle nehmen sie ein? Am Beispiel des Konzepts der Branche (Scott 2001) zeigt Walgenbach (2006: 368) auf, dass es für eine adäquate Untersuchung der Entwicklung eines Handlungsfeldes nicht ausreicht, nur einen Teil der Akteure, in diesem Fall Unternehmen der Branche und Interessenverbände, zu betrachten. Hier besteht die Gefahr, dass andere Einflüsse als der Wettbewerb auf die Entwicklung einer Branche ignoriert würden (ebd.).

Problematisch ist jedoch, dass das Konzept organisationaler Felder eher auf die Erklärung von Stabilität, Homogenität und Isomorphismus⁸ zielt: „We ask [...] why there is such startling homogeneity of organizational forms and practices; and we seek to explain homogeneity, not variation.“ (DiMaggio/Powell 1983: 148) Gerade ein Blick auf Mechanismen und Vorgänge des Wandels ist jedoch wesentlich für Untersuchungen im Kontext des deutschen Energiesystems. Denn hier besteht aktuell die Möglichkeit weitreichender Veränderungen. Zudem wird an der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie insgesamt – und damit auch am Konzept organisationaler Felder – die Kritik geübt, dass „Interessen, strategische Handlungen und Macht“ ausgeblendet werden (Walgenbach 2006: 391). Gerade für ein umstrittenes Handlungsfeld sind solche Aspekte jedoch von zentraler Bedeutung.

3.2 Strategische Handlungsfelder – ein Konzept zur Analyse von Feldveränderungen

Anders als die in Kapitel 3.1 dargestellten Theorieansätze legt das akteurbetonte Konzept strategischer Handlungsfelder (Fligstein/McAdam 2011, 2012) den Fokus auf Entwicklungen innerhalb und zwischen den Handlungsfeldern, also eher auf Dynamik und Wandel als auf Stabilität (Fuchs et al. 2012: 19). Fligstein/McAdam (2011: 4) kritisieren, dass die Verwendung von Begriffen wie „organizational or institutional logic“ und „taken for granted reality“ (ebd.: 4f.) dazu tendieren, Konflikte und Machtverhältnisse zwischen Akteuren auszublenden und stattdessen ein Übermaß an Konsens zu unterstellen (ebd.). Veränderungen würden generell zu wenig beachtet und häufig als Ausnahmefälle konzipiert, die von den Akteuren nicht wirklich intendiert seien (ebd.: 5). Aufgrund des Akteurbezugs und der Veränderungsperspektive erscheint das Konzept strategischer Handlungsfelder grundsätzlich geeignet für Untersuchungen zum (deutschen) Energiesektor und gelangt im diskutierten Fall zur Anwendung. Der nachfolgende Teil stellt die wichtigsten Kategorien und Eigenschaften strategischer Handlungsfelder ausführlich dar und erläutert, auf welche Weise sie hier adaptiert werden.

Das Konzept

Fligstein/McAdam (2011: 3) definieren strategische Handlungsfelder wie folgt: „We hold the view that strategic action fields (hereafter, SAFs) are the fundamental units of collective action in society. A strategic action field is a meso-level social order where actors (who can be individual or collective) interact with knowledge of one another under a set of common understandings about the purposes of the field, the relationships in the field (including who has power and why), and the field’s rules.“ Flig-

⁸ Dabei handelt es sich um die (behauptete) Tendenz von Organisationen, dass sich deren Strukturen im Verlauf der Entwicklung immer weiter angleichen (DiMaggio/Powell 1983).

stein/McAdam (ebd.: 3f.) verstehen SAFs als sozial konstruierte Arenen. In Abhängigkeit vorhandener Ressourcen streben die Akteure danach, ihre Position innerhalb dieser Arenen zu verbessern. Über die SAFs und deren Akteure werden vier Grundannahmen getroffen. Erstens besteht unter den Akteuren ein Konsens darüber, was in dem SAF geschieht („what is going on“, ebd.: 4). Die Akteure verfügen zweitens über unterschiedliche Machtressourcen („actors [...] possessing more or less power“, ebd.). Drittens haben sie ein gemeinsames Verständnis über die Regeln des Feldes. Auf dieser Basis werden Handlungen interpretiert („cultural understanding“, ebd.). Diese These eines gemeinsamen Verständnisses wird viertens dadurch relativiert, dass die Handlungen in Abhängigkeit der eigenen Situation im Feld wahrgenommen werden: „In most fields, dominant or incumbent actors will have a frame of reference that encapsulates their view of the field, while dominated or challenger actors will have an ‚oppositional‘ perspective“ (ebd.).

Strategische Handlungsfelder sind ständigen Veränderungen unterworfen: „We expect SAFs to always be in some flux as the process of contention is ongoing and the threats to an order always in existence“ (ebd.). Fligstein/McAdam richten ihr Erkenntnisinteresse speziell auf umstrittene Handlungsfelder, welche durch große Unterschiede im Zugriff der Akteure auf Machtressourcen gekennzeichnet sind. Dabei unterscheiden sie zwei Akteurtypen: *Incumbents* und *Challenger* (ebd.: 6). Den Begriff der Incumbents, hier übersetzt mit *etablierte Akteure*, definieren Fligstein/McAdam als „those actors who wield disproportionate influence within a field and whose interests and views tend to be heavily reflected in the dominant organization of the SAF. Thus, the purposes of the field are shaped to their interests, the positions in the field are defined by their claims on the lion’s share of the resources in the field, the rules tend to favor them, and shared meanings tend to legitimate and support their privileged position within the field“ (ebd.: 5f.). Challengers, oder *Herausforderer* „occupy less privileged niches within the field and ordinarily wield little influence over its operation. While they recognized the nature of the field and the dominant logic of the incumbent actors, they can usually articulate an alternative vision and their position in it. This does not, however, mean that challengers are normally in open revolt against inequities of the field or aggressive purveyors of oppositional logics. On the contrary, most of the time challengers can be expected to conform to the prevailing order. They may do so grudgingly, taking what the system gives them and awaiting new opportunities to challenge the structure and the logic of the system.“ (ebd.: 6)

Neben den Incumbents und Challengern existiert im SAF mit den *internal governance units* (IGU) eine weitere Akteurgruppe. Dabei handelt es sich um Organisationen und Verbände, von denen die Stabilität und Funktionsfähigkeit des SAF gewährleistet wird (Fligstein/McAdam 2012: 77). Klassische Beispiele sind Industrie- und Handelsverbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) oder, mit Bezug auf das zu be-

trachtende SAF, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und insbesondere die Deutsche Energieagentur (dena). Die IGU agieren zumeist im Sinne der Incumbents: „Regardless of the legitimating rhetoric that motivates the creation of such units, they are generally there *not* to serve as neutral arbiters of conflicts between incumbents and challengers, but to reinforce the dominant logic, and safeguard the interests of the incumbents.“ (Fligstein/McAdam 2011: 6)

Modifikationen

Grundsätzlich ist das Konzept strategischer Handlungsfelder dazu geeignet, alle sozialen Gegebenheiten zu untersuchen, in denen Akteure zueinander in Beziehung stehen. Dennoch schimmert die ursprüngliche Herkunft des Konzepts, nämlich die Marktsoziologie (Fligstein 2001), immer wieder durch. Durch diesen – wenngleich unbewussten – Zuschnitt auf Marktakteure, also auf die Interaktion von Unternehmen, ergibt sich insbesondere für die Anwendung auf nichtmarktförmige Handlungsfelder Modifikationsbedarf.

Erstens führt die Sichtweise, dass Akteure teilweise in voneinander getrennten und ineinander verschachtelten Handlungsfeldern interagieren (Fligstein/McAdam 2011: 3), gerade für ohnehin komplizierte Sachverhalte zu methodischen Problemen.

Mit dem Netzausbau steht nun ein hochkomplexes Handlungsfeld zur Untersuchung an, das zudem primär nicht nach Marktgesichtspunkten betrachtet wird. Insofern ist neben diversen Unternehmen auch eine Vielzahl weiterer Akteure von Bedeutung, bei denen es sich nicht um Marktteilnehmer handelt (s.o.). Diese müssten jeweils in unterschiedlichen Handlungsfeldern analysiert werden, wodurch ein Übermaß an Komplexität geschaffen würde. Es entstehen zusätzliche, teils methodische Forschungsfragen, die für den eigentlichen Untersuchungsgegenstand gar nicht relevant wären: Welches Handlungsfeld ist vorgelagert, welches ist nachgelagert? Welche Handlungsfelder sind relevant, welche können möglicherweise ausgeblendet werden – und mit welcher Begründung? Jedes Handlungsfeld kann wiederum eigene Incumbent- und Challenger-Strukturen enthalten, die ebenfalls untersucht werden müssten. Bei all der Betrachtung und Konzeptionierung immer neuer Schauplätze droht der eigentliche Untersuchungsgegenstand aus dem Blick zu geraten.⁹ Die zentrale Modifikation besteht darin, dass tatsächlich nur ein strategisches Handlungsfeld betrachtet wird. Sinnvoll anwenden lässt sich das Konzept damit vor allem auf empirisch „ein-

⁹ Für den Fall des SAF Netzausbau könnte man bspw. überlegen, das nachgelagerte SHF ‚Wissenschaft über Netzausbau(-konzepte)‘ wegzulassen. Darin würden diejenigen Wissenschaftler, die sich kritisch gegenüber dem Netzausbau-Konzept positionieren, nicht als Challenger im SAF ‚Netzausbau‘ sondern ‚Wissenschaft über Netzausbau(-konzepte)‘ auftreten. Dieser innerwissenschaftliche Konflikt interessiert für den vorliegenden Text jedoch nur am Rande. Dennoch spielen wissenschaftliche Ergebnisse unterschiedlicher Disziplinen – und damit ihre Urheber – in dem Konfliktfeld eine ganz wesentliche Rolle.

fache Fälle“, insbesondere die Entwicklung einzelner Branchen. Dies hängt auch mit der Konzeption von Akteuren zusammen, deren wesentlicher Antrieb nach Fligstein/McAdam darin besteht, unter Berücksichtigung der Feldregeln und der eigenen Handlungsressourcen die eigene Position zu verbessern (s.o.).

Zweitens muss auch hinterfragt werden, ob wirtschaftliche Entwicklungen durch eine Zuspitzung auf die Aktivitäten der Branchenteilnehmer hinreichend untersucht werden können. Anschließend an den Begriff des organisationalen Feldes hebt Dolata (2011: 17) hervor, dass für eine soziologische Beschreibung wirtschaftlicher Umbrüche auch das Handeln von Akteuren berücksichtigt werden muss, die nicht unmittelbar der Branche angehören. Daher plädiert Dolata (ebd.) für den weiter als die Branche gefassten Begriff des Wirtschaftssektors. Diese „werden wesentlich mitgeprägt und mitstrukturiert durch außerökonomische Akteure und Regelungen. Politische Akteure und staatliche Instanzen, Medien und Verbände unterschiedlichster Couleur, Wissenschaftler und öffentliche Forschungseinrichtungen oder nicht im klassischen Sinn organisiert auftretende Akteure wie soziale Bewegungen und communities, Konsumenten und politische Bürger können einen beträchtlichen Einfluss auf die Strukturierung [...] von Wirtschaftssektoren nehmen.“ Diese Problematik stellt sich für das Handlungsfeld Netzausbau in vergleichbarer Weise. Auch hier kommt es darauf an, das Wirken einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure in den Blick zu nehmen.

Drittens befinden sich Fligstein/McAdam (2012: 67) zufolge staatliche und nicht-staatliche Akteure jeweils in unterschiedlichen SAFs. Staat wird konzipiert als ein eigenes „set of strategic action fields“ (ebd.). Die feldexterne Positionierung staatlicher Akteure suggeriert, es handle sich bei diesen um quasi neutrale Schiedsrichter, die ihre Entscheidungen unabhängig von den Positionen und Interessen der Akteure im Feld trafen, wovon auch Fligstein/McAdam nicht ausgehen (ebd.: 77): „If things go badly for nonstate incumbents, they are very likely to appeal to their allies in proximate state fields for help.“ Trifft der Gesetzgeber als Reaktion Entscheidungen, die im laufenden Konflikt unmittelbar einer Partei im untersuchten Feld zugutekommen, erschiene es konstruiert, diese staatlichen Akteure außerhalb des Handlungsfeldes zu verorten. Für den untersuchten Fall wird daher vorausgesetzt, dass ein Betreten des Feldes durch Regierungen und Behörden der unterschiedlichen Ebenen, etwa im Verlauf eines Konfliktes, grundsätzlich möglich ist. Umgekehrt wäre ebenso denkbar, die Rolle einer Landesregierung als Challenger in einem zu definierenden staatlichen Handlungsfeld ‚Netzausbau‘ zu diskutieren. Eine Trennung staatlicher und nichtstaatlicher Handlungsfelder ließe sich jedoch auch in diesem Fall nicht aufrechterhalten. Dazu erfolgt die Einflussnahme der Protestakteure zu unmittelbar und intensiv.¹⁰

¹⁰ Diese Sichtweise knüpft an jüngere Ergebnisse der politikwissenschaftlichen Governance-Forschung an. Zentral ist, dass eher die Entstehungsprozesse von Gesetzen und Beschlüssen als die Entscheidungen selbst als maßgeblich für die Politikentwicklung angesehen werden (Walk 2008). Zur Analyse solcher Prozesse werden alle im Handlungsfeld relevanten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure betrachtet.

Viertens äußert sich die marktsoziologische Herkunft des Konzepts auch in der Konzeptionierung der Akteure: Sie agieren im Grunde genommen wie Unternehmen, deren wesentliche Handlungsorientierung darin besteht, ihre Position im Feld zu verbessern. Ausgestattet sind die Akteure vor allem mit Handlungsressourcen und dem Wissen um die Feldregeln. Jedoch handelt es sich hier um ein vorwiegend nicht-marktartigtes Feld. Wir haben es mit Akteuren zu tun, deren Handlungsorientierungen und Zielsetzungen sich teilweise gar nicht in Kategorien wie „Streben nach Positionsverbesserung“ etc. beschreiben lassen. Aus diesem Grund besteht die vierte Modifikation darin, dass die Akteure nicht nur mit Handlungsressourcen und speziellen Kenntnissen ausgestattet sind (s.o.), sondern auch mit Handlungsorientierungen, die nicht oder nur nachrangig auf die Feldlogik bezogen sind. Im Prinzip werden die Akteure des akteurzentrierten Institutionalismus (s.o.) in die strategischen Handlungsfelder verpflanzt.¹¹

Um zu abschließenden Einschätzungen über die Feldentwicklung zu gelangen, gilt es gleichwohl die Aktivitäten der Challenger und der etablierten Akteure auf solche strategischen Sichtweisen herunterzubrechen.

Zusammenfassung

Worin also bestehen die zentralen Eigenschaften des Untersuchungskonzepts, des zu analysierenden Handlungsfeldes und seiner Akteure? Es werden Eigenschaften dreier soziologischer Konzepte unterschiedlicher Ausrichtung miteinander kombiniert: Strategische Handlungsfelder, organisationale Felder und akteurzentrierter Institutionalismus. Gegenstand der Untersuchung ist *ein* strategisches Handlungsfeld in dem Akteure, Challenger und Incumbents, die sowohl staatlich oder nichtstaatlich sein können, um die Verbesserung ihrer Positionen im Feld wetteifern. Dieses „Wetteifern“ ist jedoch nicht der eigentliche Antrieb (zumindest) der nichtwirtschaftlichen Akteure des Feldes. Deswegen werden die Akteure, deren Handlungen oft nur aus der Ferne und retrospektiv als „strategisches Handeln“ interpretiert werden können, mit jeweils individuellen Handlungsorientierungen ausgestattet, wie sie Scharpf für die Akteure des akteurzentrierten Institutionalismus annimmt. Schließlich wird die Eigenschaft des organisationalen Feldes übernommen, alle relevanten Akteure in einem Handlungsfeld untersuchen zu können. Diese aus forschungspragmatischer Sicht hervorragende Eigenschaft bietet sich als Alternative zur Konzeption des Forschungsgegenstands als einer Ansammlung ineinander verschachtelter Handlungsfelder an.

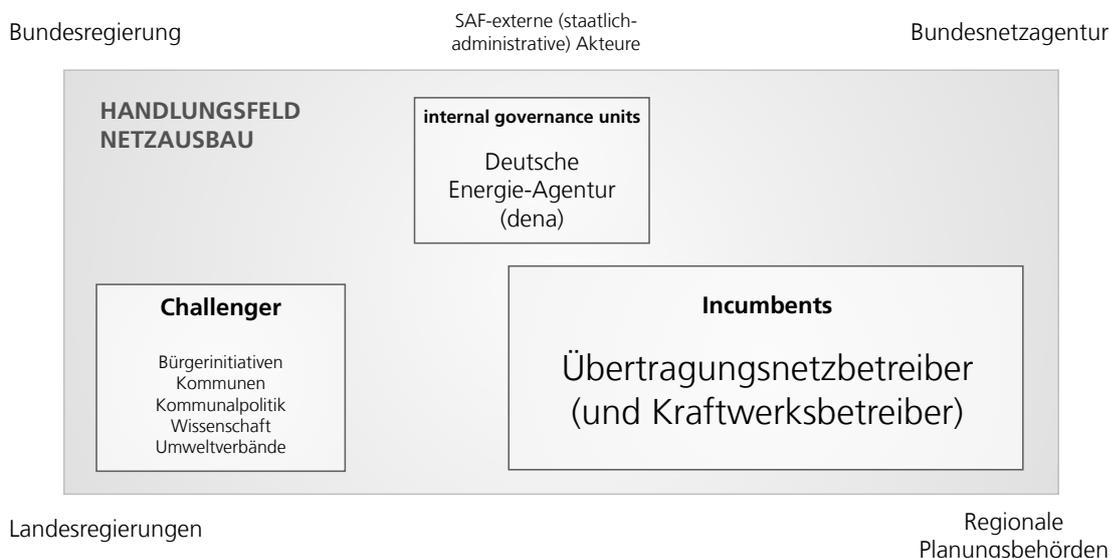
¹¹ Um die Vorgänge im Handlungsfeld zu verstehen, ist es wichtig nach den eigentlichen Handlungsgründen der Akteure zu fragen. Motive der Bürgerinitiativen wie „die Natur so erhalten wie sie ist“ und „die Kinder zu beschützen“ korrelieren nur indirekt mit der Zielsetzung, „die eigene Position im Feld zu verbessern“. Hier ist das Ziel eher Mittel. Für die Unternehmen einer Branche hingegen handelt es sich dabei um evidente und nicht infrage zustellende Zwecke.

3.3 Netzausbau als Strategisches Handlungsfeld

Mit den Übertragungsnetzbetreibern, von denen der Netzausbau geplant wird, auf der einen Seite und den Gegnern der Freileitungen bzw. des Netzausbaukonzepts auf der anderen Seite sind die wichtigsten Incumbents- und Challenger-Akteure identifiziert. Als wesentliche internal governance unit (IGU) agiert die Deutsche Energieagentur (dena). Veränderungen staatlicher Handlungsfelder werden nicht separat betrachtet. Der Praktikabilität halber werden staatliche Akteure als „frei schwebend“ konzipiert und nur insoweit betrachtet, wie sie das Handlungsfeld betreten (s.o.). In Abb. 1 sind der Zuschnitt des SAF ‚Netzausbau‘ sowie die maßgeblichen feldexternen Akteure dargestellt.

Vor dem Hintergrund des institutionellen Wandels im Energiesystem sind für die Challenger neue Spielräume entstanden. Diese ermöglichen es ihnen trotz ihrer geringen Handlungsressourcen potenziell beachtlichen Einfluss auf die Gesamtsituation zu erlangen. Klassische Beispiele dafür sind die Einführung und der kontinuierliche Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Atomausstieg. Mit dem Wachsen der Branche haben einflussstarke Akteure wie die Technologiekonzerne Siemens und Areva, die Stadtwerke München und Betreiber großer Offshore-Windparks das Feld betreten. Andere Unternehmen wie die Windanlagenhersteller Enercon und Vestas haben sich über Zeiträume von circa 30 Jahren innerhalb des Sektors zu Großakteuren entwickelt. Diese Expansion der Nutzung regenerativer Energieträger erfolgte gegen die Interessen und den Willen der Incumbents, insbesondere der großen Kraftwerksbetreiber. Von diesem Rückenwind einer veränderten Großwetterlage profitieren auch die Freileitungsgegner, deren Argumente wahrgenommen und deren Sichtweisen für viele nachvollziehbar geworden sind.

Abbildung 1: Handlungsfeld Netzausbau und feldexterne Akteure



4 Lokale Auseinandersetzungen um neue Stromleitungen

Der Streit um den Netzausbau reicht über die Konflikte an einzelnen Brennpunkten hinaus. Aber es sind vor allem die lokal und regional agierenden Bürgerinitiativen (BI),¹² von denen der Streit ins Rollen gebracht wurde. Schweizer-Riess et al. (2010: 24) beschreiben im Rahmen ihrer umweltpsychologischen Studie über die Proteste gegen die geplante Freileitung von Walle nach Mecklar (EnLAG Nr. 6) die Funktion der BI: „(Sie) nehmen eine zentrale Funktion für die Informations- und Kommunikationsflüsse [...] vor Ort ein. Die Bürgerinitiativen sind ein verbindendes Element; sie bilden die Anlaufstelle für die Anwohnenden, transportieren Informationen und organisieren Informationsveranstaltungen. Zudem treten sie für die Interessen der lokalen Bevölkerung ein, kommunizieren mit der lokalen Verwaltung sowie den politischen Entscheidungsträgern auf den verschiedenen Ebenen und anderen Bürgerinitiativen.“ Schweizer-Riess et al. (ebd.) zufolge vertrauen die Anrainer insbesondere den BI, wenn es um Fragen des Planungsprozesses geht. Für „Netzbetreiber, Energieversorger, aber auch Planungsbehörden und politische Ebenen“ sei dies hingegen nicht der Fall.

Die Proteste haben (mit) dazu geführt, dass die EnLAG-Vorhaben Nr. 1 bis Nr. 4 nicht wie geplant im Jahr 2010, sondern frühestens 2016 den Betrieb aufnehmen werden (Bundesnetzagentur 2013). Starke Proteste gibt es ebenfalls gegen die EnLAG-Projekte Nr. 5 und 6, die bis 2015 hätten gebaut werden sollen (ebd.). Zahlreiche Protestgruppen, die entlang dieser Trassen (EnLAG Nr. 1–6) aktiv sind, haben sowohl durch öffentlichkeitswirksame Aktionen (Demonstrationen, öffentliche Veranstaltungen, Benefiz-Konzerne u.a.) als auch den Betrieb teils umfangreicher Internetseiten wichtige Beiträge dazu erbracht, dass die regionalen Konflikte im gesamten Bundesgebiet wahrgenommen werden.

¹² Proteste gibt es bspw. auch gegen andere Energieprojekte wie Windanlagen (Marg et al. 2013). Eine differenzierte Auseinandersetzung über die Vergleichbarkeit kann an dieser Stelle jedoch nicht geleistet werden. Nach Recherchen und Erfahrungen des Autors lässt sich grundsätzlich sagen, dass die Akzeptanz seitens der lokalen Bevölkerung für den Bau von Windanlagen deutlich höher ist als dies für Stromleitungen der Fall ist. Als mögliche Erklärung seien an dieser Stelle einige Gründe angeführt: Erstens sind viele Betroffene nicht davon überzeugt, dass die neuen Leitungen ausschließlich oder vorwiegend dem Transport regenerativer Energie dienen. Zweitens tritt das Problem des Elektroschmogs bei Windanlagen nicht bzw. nicht in vergleichbarer Weise auf. Drittens gelten für Windanlagen je nach Bundesland deutlich größere Mindestabstände zu Siedlungen als bei Freileitungen, wo eigentlich nur in Niedersachsen verbindliche Abstände zu Siedlungen definiert sind. Viertens sind an der Realisierung von Windparks häufig Anrainer beteiligt, die als Fürsprecher auftreten. Fünftens generiert die betreffende Gemeinde Einnahmen aus Gewerbesteueranteilen oder durch die Verpachtung kommunaler Flächen. Dadurch können die (meist kleinen Kommunen) Daseinsvorsorge-Projekte wie Schulen oder Kindertagesstätten realisieren und Straßen instand halten.

4.1 Fallstudien

Aus den Dokumenten geht hervor, dass entlang jeder der hier untersuchten Trassen mindestens an einem Ort stark um den Bau der Leitung gestritten wird. Dabei sind die jeweiligen Konstellationen (Akteure, Forderungen und Umfang der Proteste) so unterschiedlich, dass ihre Darstellung einen guten Überblick zu den Protesten insgesamt bietet. Aufgrund der Quellenlage kann bis zum heutigen Zeitpunkt (Dezember 2013) mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, dass es gegen eines oder mehrere der EnLAG-Vorhaben Nr. 7–24 Proteste in vergleichbarem Umfang gibt. Daher werden nachfolgend ausschließlich Proteste zu den Projekten Nr. 1–6 betrachtet.

Im Rahmen der Fallstudien geht es um Einschätzungen zur jeweiligen Protestsituation. Wer sind die regionalen Akteure? Wie massiv sind die Proteste, und welche Forderungen werden gestellt? Sind sich die Akteure einig oder bestehen wesentliche Differenzen? Inwieweit ist denkbar, dass moderate Planänderungen – bspw. zusätzliche Erdkabelabschnitte – zu einer Schlichtung des Konflikts führen können?

Dabei werden die Akteure jeweils hinsichtlich dreier Kategorien untersucht:

- a) *Handlungsressourcen/regionale Ausbreitung*. Je höher die Präsenz der Protestgruppen entlang der Trasse, desto größer sind ihre Handlungsressourcen einzuschätzen und desto mehr Möglichkeiten haben sie auch, ihren Anliegen Geltung zu verschaffen – bspw. durch Demonstrationen, Veranstaltungen sowie Einwendungen und Klagen vor Gericht. Betrachtet man allein die Möglichkeit, unmittelbar und gezielt Einfluss zu nehmen, so sind die Handlungsressourcen der Bürgerproteste im Vergleich zu den Möglichkeiten der Netzbetreiber und Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene gering. Die Präsenz der Protestakteure kann lokal oder regional sein oder entlang der gesamten Trasse bestehen (Gesamtrasse). Als lokal gilt die Ausbreitung, wenn Proteste sich an einem oder wenigen Orten gebildet haben. Gibt es mehrere lokale Brennpunkte oder spezielle Abschnitte und kleinere Regionen mit Bürgerprotesten, wird von regionaler Ausbreitung gesprochen. Die Bedingungen für die Zuschreibung Gesamtrasse gilt als erfüllt, wenn regionale Vernetzungen von BI (nachgewiesen etwa durch gemeinsame Presseerklärungen) existieren, sich die BI in ihren Forderungen überwiegend auf die Gesamtrasse beziehen und Protestgruppen auf mindestens der Hälfte der Trassenlänge aktiv sind.
- b) *Handlungsorientierung/Radikalität*. Zunächst bestimmt sich das Maß der Radikalität nach dem Grad der Abweichung der Forderungen vom Status quo. Um diesen Grad festzustellen, geht es im Fall der regionalen Proteste darum, den Mainstream der Forderungen zu identifizieren. Besteht die Kernforderung darin, einen oder einzelne Abschnitte zu verkabeln oder in größerem Abstand von

Siedlungen zu bauen, gelten die Proteste als moderat oder kompromissorientiert. Zielen die Protestorganisationen darauf, die gesamte Trasse zu verkabeln (Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) oder gasisolierte Leitung (GIL)), so ist ein hohes Maß an Radikalität gegeben. Wichtig ist hier der Aspekt, dass Forderungen nicht primär mit dem Wohnumfeldschutz begründet werden, sondern energie-/klimapolitisch oder energiewirtschaftlich. Ohne weitgehende Änderungen des EnLAG wären diese Forderungen nicht umsetzbar. Schließlich besteht in einem Fall (EnLAG Nr. 4) das Ziel, den Bau der Leitung zu verhindern (maximale Radikalität).

- c) *Homogenität/Heterogenität der Proteste.* Wie homogen sind die lokalen Proteste jeweils? Ist es so, dass vor allem eine hegemoniale Forderung gestellt wird? Oder gibt es weitere, die ebenfalls wahrnehmbar präsent (also kodominant) sind und hinsichtlich der Handlungsorientierung anders eingeschätzt werden müssen? Diese Kategorie bezieht sich nicht auf die soziale Zusammensetzung der Akteure. Vielmehr geht es darum zu prüfen, inwieweit inhaltlich dieselben Forderungen gestellt werden.

Kassoe (DK) – Hamburg Nord – Dollern (EnLAG Nr. 1)

Entlang der Trasse existiert bereits eine 220kV-Leitung. Auf dem schleswig-holsteinischen Teil (nördlich der Elbe) soll die Trasse auf 380 kV verstärkt, im niedersächsischen Teil (südlich der Elbe) zusätzlich eine 380kV-Leitung gebaut werden. Der Abschnitt Hamburg Nord – Dollern hätte ursprünglich – ebenso wie EnLAG Nr. 2 bis 4 – 2010 den Betrieb aufnehmen sollen (dena 2005: 126). Die Bundesnetzagentur geht von einer Inbetriebnahme der Leitung im Jahr 2017 aus (Bundesnetzagentur 2013).

Bürgerproteste konzentrieren sich auf die Stadt Quickborn (Abschnitt 2; Hamburg Nord – Dollern). Den Auftakt der öffentlichen Debatte um das Projekt bildete der Beginn des Scoping-Verfahrens (gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG)) im November 2006. Hauptgegenstand der Proteste ist die Masterhöhung von etwa 36 auf knapp 60m infolge des Ausbaus auf 380 kV (Quickborner Tageblatt, 29.12.2012). Die neue Leitung würde in einem Abstand von circa 20 m zu Wohngebäuden bzw. 90 m zu einem Schulzentrum verlaufen (Stellungnahme BI „Quickborn gegen Riesenmasten e. V.“, 14.4.2013). Die BI begründet ihre Proteste u.a. damit, dass Gesundheitsrisiken von der Stromleitung ausgingen: „Ein erhöhtes Leukämie-Risiko für Kinder bei andauernder elektro-magnetischer Strahlung ist wissenschaftlich ausreichend erforscht.“ (ebd.) Ähnlich argumentiert auch eine zweite Quickborner Bürgerinitiative, „Quickborn unter Höchstspannung“ (<http://380kvquickborn.de/tl/Uns-ere-Argumente.htm>, Abruf 28.5.2013). Die zentrale Kritik besteht darin, dass der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) Tennet, „den Bau einer 380KV-Höchstspannungsleitung auf der bestehenden Freileitungstrasse“ plant (Burkard Jäckel, Vorsitzender der BI „Quickborn

gegen Riesenmasten“ zit. nach: Quickborner Tageblatt 26.7.2012). Die maßgebliche Forderung bewegt sich in einem Kontinuum zwischen einer Erdverkabelung des betreffenden Abschnitts oder alternativer Trassenführungen. Letztere würden größere Mindestabstände insbesondere zum Schulzentrum gewährleisten. Unterstützt werden die Bürgerinitiativen in ihren Forderungen durch Kommunalverbände der CDU (Pressemitteilung CDU-Fraktion Quickborn vom 26.9.2009), SPD (Pressemitteilung SPD Quickborn, 19.5.2011), dem Juso-Kreisverband sowie Elternverbänden. Kompromissorientiert äußerte sich die Elternvertreterin Anna Graf: „Jeder Meter weiter weg ist für die Schulen ein Gewinn.“ (zit. nach: Pinneberger Tageblatt, 15.2.2013)

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Konflikt ist stark lokalisiert auf die Stadt Quickborn (*lokale Ausbreitung*). An diesem Ort besteht eine hohe Intensität des Konflikts. Akteure der Kommunalpolitik sind präsent und bestärken die Protestierenden. Davon zeugen deutliche Ankündigungen des Bürgermeisters Thomas Köppl (CDU), die Stadt werde gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen: „Wir haben uns vorbereitet. Es muss schnell gehen. Nach Eingehen des Planfeststellungsbeschlusses haben wir vier Wochen Zeit, die Klage einzureichen.“ (Thomas Köppl, zitiert nach: Quickborner Tageblatt, 30.1.13) Gegen den Planfeststellungsbeschluss wird voraussichtlich auch die BI „Quickborn gegen Riesenmasten“ klagen (Quickborner Tageblatt, 26.7.2012).

Über die Internetseite der BI „Quickborn gegen Riesenmasten“ sind mehr als 100 PDF-Dateien themenspezifischer Zeitungsartikel, Stellungnahmen, Leserbriefe und Kommentare zugänglich sowie Links zu Radioberichten und Fernsehdokumentationen aufgeführt. Die Handlungsorientierung der Proteste ist als moderat einzustufen. Grundsatzkritik am Projekt spielt ebenso wie die Forderung, die Leitung vollständig unterirdisch zu legen, eine nachgeordnete Rolle. Eine Einigung über den Bau der Trasse wäre damit durch eine einzelne planerische Änderung möglich, kodominante Forderungen gibt es nicht (*homogene Proteste*).

Ganderkesee – Wehrendorf (EnLAG Nr. 2)

Die Neubau-Trasse unterteilt sich in die Abschnitte Wehrendorf – St. Hülfe sowie St. Hülfe – Ganderkesee. Zunächst hatte man 2010 als Jahr der Inbetriebnahme anvisiert (dena 2005: 126), derzeit: 2017 (Bundesnetzagentur 2013). Die Trasse ist neben EnLAG Nr. 4, 5 und 6 eines der vier Leitungsprojekte, auf denen Erdkabelabschnitte testweise installiert werden können (EnLAG 2009: § 2, Abs. 1). Besonders umstritten ist der niedersächsische Abschnitt Ganderkese – St. Hülfe. Im Oktober 2004 gründete sich die Bürgerinitiative „Vorsicht Hochspannung“ im Ort Colnrade, der sich an der geplanten Trasse befindet. Ende Oktober 2004 traten nach einer Informationsveranstaltung insgesamt 172 Personen aus Colnrade und den umliegenden Gemeinden in die BI ein (Nordwest Zeitung, 2.11.2004). Im Jahr 2011 waren darin circa 3.500 Mitglieder organisiert (Sonne, Wind und Wärme 14/2011: 60). Im Unter-

schied zu EnLAG Nr. 1 gibt es keinen einzelnen Fokus, sondern es sind mehrere betroffene Gemeinden, von denen die Proteste getragen werden (*regionale Ausbreitung*). Die zentrale Forderung liegt darin, die gesamte Leitung von circa 80 km Länge als Erdkabel zu planen (*hohe Radikalität*). Um die Übertragungsverluste möglichst niedrig zu halten, soll eine gasisolierte Leitung (GIL) zum Einsatz kommen. Die BI begründet ihre Forderung mit möglichen Gesundheitsrisiken, die von der Freileitung ausgingen, einer Minderung der Lebensqualität sowie „Nachteile(n) für das Landschaftsbild und den Naturraum“ (<http://www.vorsicht-hochspannung.com/UEber%20uns.htm>, Abruf 17.4.2013).

Unterstützt wird die Forderung durch den Kreistag Oldenburg, der im Juli 2008 einstimmig die Verfassung eines entsprechenden Appells an den damaligen Planer E.on beschlossen hatte (Nordwest Zeitung 9.7.2008). Auch der Rat der an der Trasse liegenden Gemeinde Colnrade forderte in einer einstimmig verabschiedeten Stellungnahme vom Februar 2013, die Leitung vollständig zu verkabeln (Kreiszeitung.de, 7.2.2013). Entsprechend positionierten sich die Gemeinden Ganderkesee und Harpstedt in einer gemeinsamen Erklärung. Darin heißt es: „Der Einstieg in die Erdkabeltechnik ist überfällig und wir müssen ihn jetzt schaffen [...] Wir müssen auf Landes- und Bundesebene deutlich machen, dass die Region ihre Forderungen aufrechterhält.“ (zit. nach: Nordwest Zeitung, 27.7.2012) Mitgetragen wird die Forderung von einigen an der geplanten Trasse liegenden Gemeinden sowie dem Landkreis Oldenburg. Eine Vielzahl einzelner Bürger/innen unterstützt die Forderung. Gegen das laufende Planfeststellungsverfahren wurden bei der Samtgemeinde Harpstedt „knapp 100 Einwendungen“ erhoben sowie „etwa 50 bei der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr“ (NWZ-Online, 15.2.2013). Zudem manifestiert sich der Unwille seit Jahren in öffentlichen Aktionen (Demonstrationen etc.), welche auf der Internetseite der BI „Vorsicht Hochspannung“ (s.o.) ausführlich dokumentiert sind. Die vergleichsweise radikale Variante der Erdkabelforderung (vollständig mit gasisolierter Leitungstechnik) wird seit 2004 aufrechterhalten. Zwar ist hinsichtlich der Forderung, die gesamte Leitung zu verkabeln, eine starke Einigkeit zu beobachten (*homogene Proteste*). Jedoch geht es den Akteuren vor allem um die Problematik des Elektrosmogs. Insofern wäre es denkbar, dass eine (weitgehende) Einigung auf Basis der Realisierung mehrerer Erdkabelabschnitte stattfindet.

Neuenhagen – Bertikow/Vierraden – Krajnik (Polen) (EnLAG Nr. 3)

Die Bundesnetzagentur rechnet mit der Realisierung dieses Projekts bis 2015/2016 (Bundesnetzagentur 2013). Die Proteste gegen die sogenannte Uckermarkleitung, die nordöstlich von Berlin in Nord-Südrichtung verlaufen soll, richten sich zum einen dagegen, dass Netzbetreiber Tennet (vorher Vattenfall) eine Querung des UNESCO-Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin plant. Im Jahr 2008 gründete sich die BI „Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat“. Unterstützt werden die

Proteste durch das Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände Brandenburg. In einer öffentlichen Positionierung vom 23. September 2010 fordern sie unter anderem, „eine strikte Umsetzung von Vermeidungsmöglichkeiten für den oberirdischen Stromtransport“.

Darüber hinaus gibt es Protestschwerpunkte an mehreren Orten, die von der Freileitung durchschnitten oder tangiert werden sollen (*regionale Ausbreitung*). Zimmer et al. (2012: 22) zufolge wird der Konflikt maßgeblich durch die Bürgerinitiativen geprägt. Deren Kern bestehe allerdings nur „aus wenigen Personen“ (ebd.). Erst durch den „Schulterschluss mit einigen KommunalpolitikerInnen [...] konnte die Einfluss-sphäre deutlich ausgeweitet werden“ (ebd.). Am Anfang dieses Prozesses stand eine Erklärung, die von acht Ortsbürgermeistern und Ortsvorstehern im Oktober 2008 unterzeichnet wurde. Darin fordern sie von der Landesregierung Brandenburg, „dass alles getan wird, um die Errichtung der Uckermarkleitung als Freileitung zu verhindern“ (zitiert nach: Barnim Blog Eberswalde und Bernau, 26.10.2008). Mitgetragen wird die Erdkabelforderung auch durch den Landkreis Barnim, die Stadtverordnete von Eberswalde, die Stadt Angermünde sowie weitere Kommunen (Zimmer et al. 2012: 22). Im Herbst 2010, während der Auslegungsfrist im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens, sind insgesamt 1.233 Einwendungen gegen eine Genehmigung des Vattenfall/50Hertz Projekts als Freileitung beim zuständigen Bergamt Cottbus eingereicht worden (Barnim-Blog Eberswalde und Bernau, 15.5.2011).

Ein Protestschwerpunkt ist das Dorf Rießen, wo die Stromleitung an einigen Wohngebäuden in circa 150 m Entfernung vorbei laufen würde. 48 der insgesamt 53 Stellungnahmen zum Raumordnungsverfahren des Teilabschnitts zur Anbindung an das polnische Stromnetz kamen aus Rießen (Märkische Oderzeitung, 29.3.2013). Besonders betroffen von der geplanten Freileitung wäre die Stadt Eberswalde, wo die Ortsteile Finow Ost und Brandenburgisches Viertel gequert werden sollen (Märkische Oderzeitung, 24.6.2012). In erster Linie aufgrund möglicher Gefahren durch elektromagnetische Strahlung lehnt die Stadt Eberswalde die Freileitung ab: „Wir fordern daher nach wie vor eine Erdverkabelung.“ (Baudezernentin Anne Fellner, zitiert nach: Märkischer Oderzeitung, 24.6.2012) In einer öffentlichen Stellungnahme zur Uckermarkleitung hat Carsten Zinn, Ortsvorsteher vom Brandenburgischen Viertel (Eberswalde), seine Argumente zusammengefasst. Dabei spielen grundsätzliche Aspekte (bspw. „Mangelhafte Begründung der Notwendigkeit“) wie lokale Gründe („Überprägung des Ortsbildes [...] durch Masten mit bis zu 60 m Höhe“) gleichermaßen eine Rolle (Carsten Zinn, 7.9.2010).

Wesentliche Hintergründe des Konflikts in den lokalen Brennpunkten sind Gesundheitsrisiken durch elektromagnetische Felder und die Querung des Biosphärenreservats. Aspekte, die über die unmittelbare Wirkung der Trasse hinausgehen, werden von mehreren Akteuren thematisiert: Wird die Trasse überhaupt gebraucht, oder ließe sie sich durch technische Optimierung bestehender Leitungen vermeiden? Wie hoch ist

der Anteil regenerativer Energien, der voraussichtlich durch die neue Leitung fließen wird (vgl. o.a. Stellungnahme der Naturschutzverbände; Internetseiten beider BI)? Allgemein lässt sich sagen, dass Argumente, welche auf die „Null-Option“ zielen, weniger konsequent als moderate Forderungen artikuliert werden, sondern eher zwi-schentonartig präsent sind. Bemerkenswert ist auch, dass niemand explizit eine Voll-verkabelung der Trasse fordert, aber auch das Wort „Abschnitt“ von den Akteuren anscheinend gemieden wird. Es spricht daher einiges dafür, die Handlungsorientie-rung der Protestierenden insgesamt als kompromissorientiert zu interpretieren (*mode-rate Radikalitätsstufe*).

Verglichen mit den EnLAG-Projekten 1 und 2 gibt es hier nicht dieselbe Häufigkeit öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten. Die wesentlichen Forderungen sind mit der Si-tuation in Quickborn (EnLAG Nr. 1) grundsätzlich vergleichbar. Ein Unterschied liegt darin, dass es hier mehrere Brennpunkte gibt, die aber in ihrer Intensität nicht die Quickborner Stärke erreichen (*regionale Ausbreitung*). Anders als bei den Protes-ten um EnLAG Nr. 1 und 2 scheint den kommunalpolitischen Akteuren für die Bran-denburger Proteste eine höhere Bedeutung zuzukommen. Grundsätzlich speist sich der Protest aus zwei unterschiedlichen Quellen: erstens diejenigen, denen es darum geht, eine Freileitung durch das Biosphärenreservat zu verhindern; zweitens jene, die aus lokaler Betroffenheit agieren (bspw. Einwohner von Eberswalde, Angermünde und Rießen). Die Forderungen beider Gruppen, Naturschützer und Betroffene, stehen nicht gegen-, sondern nebeneinander. Daher lässt sich für die Proteste entlang der Uckermarkleitung von einem *homogenen* Forderungsniveau sprechen. Denkbar scheint in diesem Fall eine Einigung auf der Basis mehrerer Erdkabelabschnitte.¹³

Lauchstädt – Redwitz (EnLAG Nr. 4)

Für die „Thüringer Strombrücke“ rechnet die Bundesnetzagentur mit einer voraus-sichtlichen Gesamtinbetriebnahme im Jahr 2017 (Bundesnetzagentur 2013).

Der nördlich gelegene Teil der Trasse befindet sich seit 2008 in Betrieb. Speziell dort, wo die Leitung den Thüringer Wald kreuzen soll (Abschnitte Vieselbach – Altenfeld und Altenfeld – Grenze Thüringen/Bayern) ist der Netzbetreiber und Planer 50Hertz Transmission GmbH mit intensiven Protesten gegen das Vorhaben konfrontiert. Wichtiger Protestakteur ist die Organisation „IG Achtung Hochspannung – Interes-sengemeinschaft gegen den Bau einer 380kV-Starkstromleitung von Halle nach Schweinfurt“ (im Folgenden: IG). Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss Bayerischer und Thüringer Bürgerinitiativen. Über eigene Internetseiten verfügen zudem die Thüringer Gruppen, BI Schalkau und „Stoppt die 380kV-Leitung – BI Bockstadt-Herbertswind-Heid-Eisfeld“. Im Unterschied zu den Protesten um die

¹³ Ähnlich wie im Fall EnLAG Nr. 1 müsste auch hier das EnLAG reformiert werden, da Kabelab-schnitte für diese beiden Projekte nicht vorgesehen sind.

EnLAG-Vorhaben 1–3 fordern jene, dass die Leitung gar nicht gebaut wird. Paradigmatisch ist die Position von Siegfried Kriese, Sprecher der IG: „Wir sehen keinen Vorteil darin, wenn man eine Stromtrasse, die eigentlich nicht benötigt wird, unter die Erde verlegt.“ (zit. nach: Freies Wort, 23.9.2008) Seitens der BI Bockstadt wird die Aussetzung des Planungsverfahrens gefordert, bis „eine konzernunabhängige Studie über die Notwendigkeit“ vorgelegt wird (Kristin Rüttinger, Redebeitrag vor dem Bauausschuss des Thüringer Landtages, 31.5.2007). Zur Durchführung der Studie kam es tatsächlich. Finanziert wurde das Gutachten mit Gesamtkosten in Höhe von 58.000 Euro (Freies Wort, 17.8.2007) in Eigenregie, d.h. durch die Einwerbung von Spenden sowie der Unterstützung zahlreicher Kommunen wie der Städte Eisfeld (2.000 Euro) und Erfurt (5.000 Euro) (Freies Wort, 26.6.2007 und 28.7.2007). Auftraggeber waren letztlich „33 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister sowie Bürgerinitiativen aus Südthüringen und Oberfranken“ (Jarass/Obermair 2007: 4). Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die Trasse gegen den im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgelegten Grundsatz der „wirtschaftlichen Zumutbarkeit“ (ebd.: 5) verstoße und die fehlende Netzkapazität vor allem durch Lastmanagement (Abschaltung von Windanlagen in seltenen Fällen) und Optimierung bestehender Trassen gewährleistet werden könne (ebd.: 5ff.).

Unterstützt werden die Proteste auch durch Petra Enders (Die Linke), Bürgermeisterin von Großbreitenbach: „Diese Leitung ist nicht grün, denn sie dient primär der Durchleitung von Strom aus Kohlekraftwerken“ (zit. nach: Freies Wort, 2.4.2013). Im März 2012 reichten die Stadt Großbreitenbach sowie einige betroffene Privatpersonen Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, wodurch eine Verzögerung des Baubeginns erreicht wurde (Pressemitteilung Petra Enders, 14.3.2012). Auch der BUND-Landesverband lehnt den Bau der Leitung ab: „Der BUND Thüringen fordert, auf den Bau der 380kV-Leitung zu verzichten. Stattdessen sollten alle Potenziale zur Energieeinsparung genutzt werden.“ (Presseerklärung, 5.3.2010) Landesgeschäftsführer Burkard Vogel begründet die Forderung: „Die mit der Trassenführung verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft sind nicht ausgleichbar [...] Außerdem würde der Bau der Starkstromleitung die zentralistische und in weiten Teilen auf Atomstrom gestützte Energiepolitik der großen Stromkonzerne weiter zementieren [...] Die Vorhabensträger verschweigen, dass mit der neuen Leitung die Anbindung des Pumpspeicherwerks Goldisthal an das Atomkraftwerk im bayerischen Grafenrheinfeld verbessert werden soll.“ (ebd.)¹⁴

Auch in den Thüringer Landtag hatte die Debatte Einzug gehalten: „Die meisten Anfragen und Anträge wurden von der Partei Die Linke sowie der SPD eingebracht. Sie

¹⁴ Durch den Atomausstieg ist diese Positionierung des BUND möglicherweise obsolet geworden. Denn das AKW Grafenrheinfeld soll im Jahr 2015 stillgelegt werden. Alternativ könnte das Pumpspeicherkraftwerk allerdings verstärkt dafür genutzt werden, überschüssige Energie ostdeutscher Braunkohlekraftwerke zu speichern.

setzten sich mit der Notwendigkeit der Trasse auseinander, schlugen die Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten vor, hinterfragten den Trassenverlauf, diskutierten die energiewirtschaftliche Notwendigkeit oder forderten Ausgleichsmaßnahmen“ (Schnelle/Voigt 2012: 15). Die Nichtbau-Forderung ist zentral für die Protestakteure. Bei anderen regionalen Protestbewegungen spielt diese grundsätzliche Forderung – wenn überhaupt – eher eine vehikelartige Rolle, etwa in der Form: „Überhaupt sollte man überlegen, ob die Leitung eigentlich gebraucht wird!“ Zur Erklärung dieser besonderen Radikalität der Proteste im Thüringer Wald ist es wichtig, die Ergebnisse der unabhängigen Gutachten zu berücksichtigen (s.o.). Die besagten Gutachten von Jarass/Obermair stellen seit Jahren eine wichtige Argumentationsgrundlage der Protestierenden dar (z.B. http://www.achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php, Abruf 13.9.2013). Die besondere regionale Intensität der Proteste ist durch die massive Präsenz der Debatte in den Kommunen, im Landtag sowie in der regionalen Presse belegt. Auf der Internetseite der IG werden seit dem 18.1.2007 durchgängig einschlägige Artikel der regionalen Presse archiviert, insgesamt etwa 200 (ebd.). Zusammenfassend lässt sich über die Proteste sagen: Es dominiert klar die Zielsetzung, die Leitung durch den Thüringer Wald zu verhindern (*maximale Radikalität, Homogenität*). Protestierende sind entlang der *Gesamtrasse* aktiv (Begründung: Vielfalt der Akteure, Bezug der Forderungen auf Gesamtrasse, Vernetzung mit Akteuren aus Politik und Wissenschaft, Präsenz auf zwei von drei Leitungsabschnitten). Eine einvernehmliche Lösung ist in diesem Fall nicht wahrscheinlich.

Diele – Niederrhein (Enlag Nr. 5)

Die Trasse führt über circa 170 km in Nord-Süd-Richtung parallel zur niederländischen Grenze von Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen. Derzeit wird mit einer Gesamtinbetriebnahme bis 2017 gerechnet (Bundesnetzagentur 2013). Gemäß EnLAG können auf dieser Trasse Erdkabelpilotabschnitte gebaut werden (s.o.). Ein wichtiger regional agierender Protestakteur ist die „Initiative Pro Erdkabel NRW“. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von sechs Bürgerinitiativen der Landkreise Borken und Steinfurt. Gefordert wird, die Trasse vollständig unterirdisch mit HGÜ-Technik parallel zur Autobahn A31 zu legen (<http://pro-erdkabel-nrw.npage.de/index.html>, Abruf 22.4.2013). 2009 überreichte „Pro Erdkabel NRW“ der damaligen Landeswirtschaftsministerin eine Liste mit 7.650 Unterschriften von Personen, von denen die HGÜ-Erdkabel-Forderung unterstützt wird (Münsterland Zeitung, 24.7.2009). Ebenso positioniert haben sich einige kleine Kommunen, deren Vertretungen eine entsprechende Resolution unterzeichneten (Gronau Allgemeine Zeitung, 16.1.2009). Gestärkt wird die HGÜ-Erdkabel-Forderung, die von einem beachtlichen Teil der Protestierenden unterstützt wird (*hohe Radikalität*), auch durch Gutachten und Forschungen zum Netzausbau von Lorenz Jarass und Gustav Obermair (s.o.).

Von einer insgesamt einheitlichen Tendenz der Protestziele kann indes für EnLAG Nr. 5 nicht ausgegangen werden. Es gibt Indizien dafür, dass andere Protestakteure sich mit Teilverkabelungslösungen zufrieden geben würden. Darauf jedenfalls lässt die Internetpräsenz der anderen großen Bürgerinitiative NRWs „Pro Erdkabel Neuss-Reuschenberg“ schließen. Zwar liest man auf der Startseite die Forderung nach einem HGÜ-Erdkabel: „Wir sind für den Netzausbau – aber als Erdverkabelung (HGÜ oder HVDC Light¹⁵)!“ (<http://www.pro-erdkabel-neuss.de/>, Abruf 13.9.2013). In einem Positionspapier der BI vom 18.2.2012 ist diese Forderung jedoch gar nicht erwähnt. Dort geht es vor allem darum, Gefahren durch elektromagnetische Felder zu reduzieren (ebd.). „Deshalb fordern wir [...] mindestens eine Teilverkabelung auf 3 km Länge.“ (ebd.) Für andere Akteure scheint die HGÜ-Erdkabel-Forderung nachrangig, was sich teilweise bereits in ihren Namen äußert (bspw. „Hohenlimburg unter Höchstspannung – Keine 380KV-Leitung über Hohenlimburger Wohngebiet!“). Dieser Initiative genügt es, Freileitungen in besiedelten Gebieten – insbesondere offenbar im eigenen Gebiet – zu verhindern bzw. einen alternativen Verlauf der Trasse durchzusetzen (<http://hohenlimburg-unter-hoechstspannung.de/index.php/die-sachlage/unsere-ziele>, Abruf 29.5.2013). Der Hohenlimburger BI zufolge wird ihr Anliegen durch die Bezirksvertretung Hohenlimburg und die Stadt Hagen unterstützt, „die sich schon im Raumordnungsverfahren klar zugunsten der Alternativtrasse positioniert haben.“ (ebd.) Das gleiche gilt für die Stadt Neuss, die fordert, denjenigen Leitungsabschnitt, der durch das Stadtgebiet verlaufen soll, zu verkabeln (Beschluss der Stadt Neuss, 29.1.2009). Die geplante Trasse verläuft als Freileitung auch durch den Westen von Krefeld. Aus diesem Grund reichte die Stadtverwaltung am 1. Dezember 2012 Klage gegen den Bau der Leitung beim Bundesverfassungsgericht ein. Dafür hatte die Stadt bis dato circa 15.000 Euro Anwalts- und Gerichtskosten bereitgestellt (RP Online, 1.2.2013). Die BI „Pro Kabel Kaarst“, die ebenfalls für einen Kabelabschnitt im Stadtgebiet protestiert, wird in dieser Forderung von der Stadtverwaltung unterstützt (NGZ Online Kaarst, 4.7.2012). Der Konflikt ist bis heute in hohem Maße präsent. Davon zeugen die Pressearchive der beiden großen Webseiten der BI „Pro Erdkabel NRW“ und „Pro Erdkabel Neuss Reuschenberg“. Bemerkenswert ist, dass die Aktivitäten der radikaleren BI „Pro Erdkabel NRW“ (HGÜ-Erdkabel-Forderung) nur bis einschließlich 2010 auf der Internetseite dokumentiert sind (s.o.). Dies bietet Grund zur Annahme, dass die *moderate Position*, die Forderung nach Kabelabschnitten, in den letzten Jahren an Dominanz gewonnen hat (*heterogenes Forderungsniveau*). Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Leitung wird hier – anders als im Fall der Thüringer Strombrücke – von keinem der Akteure ernstzunehmend in Frage gestellt. Regionale Vernetzungen konnten vor allem für den Fall des BI-Verbundes „Pro Erdkabel NRW“ (sechs BI) nachgewiesen werden. Insgesamt konzentrieren sich die Proteste auf zahlreiche Dörfer oder Stadtteile. Vernetzungen zwischen den lokalen BI sind kaum

¹⁵ HVDC = High Voltage Direct Current. Ähnlich wie HGÜ ermöglicht HVDC Light den verlustarmen Transport von Energie über weite Strecken.

oder gar nicht vorhanden (*regionale Präsenz*). Eine Einschätzung darüber, ob der Bau mehrerer Teilkabelabschnitte in diesem Fall zu einer Schlichtung führen würde, kann auf bestehender Datengrundlage getroffen werden. So weisen die Forderungen eines beachtlichen Teils der Protestierenden über das Ziel hinaus, eine Freileitung in der Nähe ihres Wohnortes zu verhindern. Vielmehr geht es ihnen um die Realisierung der Leitung als HGÜ-Erdkabel, um die Energie (zukünftiger) Offshore-Windkraftwerke direkt ins Ruhrgebiet zu transportieren. Den Aktivitäten beider Protestgruppen liegen divergierende Handlungsorientierungen zugrunde: Jenen geht es primär darum, den Wohnumfeldschutz zu verbessern, diese möchten Einfluss auf die Energie- und Klimapolitik sowie die Energiewirtschaft nehmen.

Wahle – Mecklar (EnLAG Nr. 6)

Die von Niedersachsen nach Hessen verlaufende, ursprünglich für 2015 geplante Leitung soll nun 2018 in Betrieb gehen (Bundesnetzagentur 2013). Auf der 230 km langen Trasse können gemäß EnLAG Erdkabelabschnitte getestet werden. Entlang der gesamten Strecke sind Protestinitiativen gegen die geplante Freileitung aktiv. Im Unterschied zur Uckermarkleitung (EnLAG Nr.3) sind die Proteste hier deutlich stärker in der Bevölkerung verwurzelt. Davon zeugt eine hohe Zahl von insgesamt etwa 22.000 Einwendungen, die seitens der Betroffenen gegen die Raumordnungsverfahren in Hessen (circa 8.000 Einwendungen) und Niedersachsen (circa 14.000) erhoben wurden (Deutschland Radio, 29.6.2011). Die BI „380kV-Werra-Meißner“ fordert eine vollständige Verkabelung der Trasse (entweder Gas-isolierte Leitung (GIL) oder HGÜ) sowie die Einführung entsprechender gesetzlicher Vorgaben auf Bundesebene: „Wir wenden uns daher mit unseren Forderungen vorrangig an die Politik, damit bessere Rahmenbedingungen für den Stromtransport geschaffen werden: Erdkabel mit Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) – mindestens Teilverkabelung – größere Abstände zu Bebauungen und Minimierung elektromagnetischer Felder (EMF) im Niederfrequenzbereich.“ (Flyer der BI, August 2009)

Helmar Breuker, Sprecher der BI „Pro Erdkabel“ geht in seiner Kritik noch darüber hinaus: „Anstatt als reine Durchleitung von den Windparks im Norden in den Süden zu fungieren, ist sie [die Leitung, M.N.] jetzt Teil des Verteilnetzes. Davon war zu Beginn der Planungen nicht die Rede, daher müssen diese dahingehend neu aufgerollt werden« (zit. nach: Einbecker Morgenpost, 4.10.2012). In einer gemeinsamen Presseerklärung fordern fünf regionale BI „die Forcierung der Gleichstrom-Erdverkabelung bei den in Planung stehenden Höchstspannungsverbindungen“ (Presseerklärung, 3.4.2011). Die Freileitungsgegner beziehen sich ebenso wie ihre Mitstreiter aus Thüringen auf die Gutachten von Jarass/Obermair: „Prof. Jarass schlug folgerichtig vor, die Trassen Wahle-Mecklar und Diele-Niederrhein als Bestandteil eines späteren Overlay-Netzes in HGÜ-Technik zur Durchleitung der Erneuerbaren Energie detailliert zu planen.“ (ebd.) 17 BI unterstützen die HGÜ-Erdkabel-Forderung: „Mindes-

tens eine Pilotstrecke muss auf Vollerdkabelung in HGÜ-Technik in hinreichender Planungstiefe geprüft werden [...] Aufgrund der vielen Gespräche, auch mit den Herstellern der HGÜ-Technik, bietet sich die Trasse Wahle-Mecklar dafür an.“ (Pressemitteilung der „BI Lahstedt – Keine Megamasten – 380kV in die Erde“, 4.2. 2011) Auch die beiden großen BI-Verbände „Bürger Pro Erdkabel Harzvorland“ und „Keine Freileitung durch den Schwalm-Eder-Kreis“ – beide mit detaillierter Internetpräsenz – teilen diese Position. Horst Christlieb von der Lebenstedter Bürgerinitiative gegen Freilandleitungen zufolge sei die „HGÜ-Technik neben der Erdverkabelung von Beginn an Forderung aller 15 Bürgerinitiativen gewesen“ (zit. als indirekte Rede nach: Salzgitter Zeitung, 4.12.2010).

Nach den Recherchen des Autors nimmt der Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises eine Sonderrolle unter den staatlichen regionalen Akteuren ein. In einem einstimmigen Beschluss vom 21. Juni 2010 wandte sich der Kreistag gegen das Projekt in derzeitiger Form und positionierte sich zugleich kritisch gegen das EnLAG: „Der Deutsche Bundestag ist aufgefordert, das Energieleitungsausbaugesetz in der Weise zu ändern, dass eine Erdverkabelung dezidiert und verbindlich festgelegt wird – und dass eventuelle Mehrkosten für den Vorhabenträger auf die Netznutzungsentgelte umgelegt werden können.“ (zit. nach: SEK-News, 27.8.2010) Für ein HGÜ-Erdkabel auf der Trasse eingesetzt hatten sich auch drei niedersächsische CDU-Ortsverbände. In einem offenen Brief an den niedersächsischen Ministerpräsidenten heißt es: „Die Genehmigungsbehörden sind aufzufordern, das laufende Raumordnungsverfahren auszusetzen und den Einsatz der HGÜ-Technik als Erdkabel auf der gesamten Trassenführung im Höchstspannungsübertragungsnetz als Pilotprojekt auf der Leitungstrecke Wahle-Mecklar zu prüfen.“ (Offener Brief der Ortsverbände Kreiensen, Bad Gandersheim und Verband Altes Amt vom 11.9.2010)

Es existiert eine schwer zu überschauende Vielfalt teilweise gut organisierter und miteinander vernetzter Bürgerinitiativen. Die Protestakteure sind entlang der gesamten Trasse aktiv (*Gesamttrasse*). Die große Mehrheit der BI fordert ein HGÜ-Erdkabel (*hohe Radikalitätsstufe, homogenes Forderungsniveau*), positioniert sich jedoch im Unterschied zu den Protesten in Thüringen nicht grundsätzlich gegen den Bau der Leitung. Eine Schlichtung des Konflikts durch den Bau von Erdkabelabschnitten ist hier weniger wahrscheinlich als im Fall EnLAG Nr. 5 (s.o.). Es dominiert klar eine Handlungsorientierung, die auf Beeinflussung von Energie-, Klimapolitik und Energiewirtschaft zielt.

4.2 Zusammenfassung

Innerhalb der Gruppe der Leitungsprojekte mit den meisten Protesten bestehen hinsichtlich der Homogenität, regionaler Präsenz und Intensität sowie der Handlungsorientierung der Akteure deutliche Unterschiede. Im Fall von EnLAG Nr. 1 gibt es

mit Quickborn nur einen Protestschwerpunkt. Bei den übrigen Vorhaben sind Bürgerinitiativen, die teils miteinander vernetzt sind, an jeweils unterschiedlichen Orten aktiv. Am stärksten ausgeprägt ist die Vernetzung der Proteste gegen EnLAG Nr. 4 und 6. Unterstützt werden die BI in allen Fällen durch kommunalpolitische Akteure: Bürgermeister, kommunale Parteien, Stadt- und Gemeinderäte sowie Landkreise. Die lokalen Akteure greifen auf wissenschaftliche Expertise zurück, die in den Auseinandersetzungen teilweise von zentraler Bedeutung ist (insbesondere Thüringer Strombrücke). Hierbei handelt es sich um den einzigen Fall, in welchem die Null-Variante offensiv gefordert wird. In mindestens drei der übrigen Fälle (EnLAG Nr. 1, 2 und 3) könnte der Bau von Teilerdkabelabschnitten eine weitgehende und zeitnahe Einigung herbeiführen. Für EnLAG Nr. 6 (und evt. Nr. 5) wäre zur Schlichtung des Konflikts der Bau eines HGÜ-Erdkabels unerlässlich. Bemerkenswert ist das Auftreten einiger Gemeinsamkeiten derjenigen Proteste mit der höchsten Intensität (EnLAG Nr. 4 und 6): Beide zeichnen sich durch eine homogene und zugleich hohe oder maximale Radikalitätsstufe aus. Zugleich handelt es sich bei diesen Auseinandersetzungen um die einzigen Fälle, bei denen der Bau einiger Teilkabelabschnitte voraussichtlich nicht zu einer einvernehmlichen Lösung führen würde.¹⁶

Eine zusammenfassende Übersicht der Proteste entlang der Trassen EnLAG Nr. 1 bis Nr. 6 bietet die nachfolgende Tabelle.

Tabelle 1: Situation der Proteste für die EnLAG-Vorhaben 1–6

Projekt (EnLAG Nr.)	Handlungsressourcen/ Regionale Ausbreitung	Akteure (neben den BI)	Proteste homogen?	Handlungsorientierung/ Radikalitätsstufe	Einigung d. Erdkabelabschnitte möglich?
Kassoe – Dollern (1)	lokal	Elternvertretungen, Kommunale Parteien, Stadt Quickborn	ja	moderat	ja
Ganderkese – Wehrendorf (2)	regional	Landkreis Oldenburg, Kommunen	ja	hoch	ja
Neuenhagen – Bertikow/Vierraden – Krajnik (PL) (3)	regional	Kommunen/Kommunale Parteien/Naturschutzverbände Landkreis Barnin, Städte Angermünde und Eberswalde	ja	moderat	ja
Lauchstädt – Redwitz (4)	Gesamttrasse	Stadt Großenbreitenbach, Kommunen, Petra Enders (Die Linke), Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass	ja	maximal	nein
Diele – Niederrhein (5)	regional	Kommunen, Städte Neuss, Hagen und Kaarst	nein	moderat/hoch	offen
Wahle – Mecklar (6)	Gesamttrasse	Kreistag Schwalm-Ederkreis, Kreistag Nordheim, CDU-Ortsverbände, 13 Kommunen	ja	hoch	nein

¹⁶ Aufgrund der niedrigen Fallzahl können keinerlei statistische Zusammenhänge nachgewiesen werden. Um zu belastbaren qualitativen Erklärungen zu gelangen, müssten die Fälle eingehender betrachtet und auf eine erweiterte empirische Grundlage gestellt werden.

5 Auswertung 1: Challenger-Typen

Neben den regional agierenden Challengern kristallisieren sich aus den Fallstudien zwei weitere Challenger-Typen heraus. Um die Eigenschaften, Beziehungen und Interdependenzen dieser insgesamt drei Challenger-Typen soll es im Folgenden gehen:

- *Themen-Challenger*, die, ausgelöst durch regionale Betroffenheit, mit unterschiedlichen Forderungen gegen die in ihrer Region geplante Freileitung aktiv geworden sind;
- *Konzept-Challenger*, die sich durch eine grundlegende Kritik am Netzausbau-Konzept charakterisieren lassen;
- *Akzeptanz-Challenger*, die durch die Überzeugung geprägt sind, dass sich die Leitungen am schnellsten realisieren lassen, wenn Kompromisse eingegangen werden und die zugleich spezifische Eigeninteressen am Bau der Leitungen haben.

Wie bereits für die einzelnen Proteste auf regionaler Ebene geschehen, sollen nun die Challenger-Typen nach denselben Kategorien betrachtet werden: Handlungsorientierung, Handlungsressourcen und Homogenität/Heterogenität der Akteure.

5.1 Themen-Challenger

So heterogen sich die Forderungen der BI, Kommunen, Landkreise, kommunalpolitischen Akteure und regionalen Naturschutzorganisationen teilweise darstellen, so sehr besteht zwischen ihnen eine wichtige Gemeinsamkeit: Der Ausgangspunkt ihrer Aktivität ist direkte oder indirekte Betroffenheit. Direkt betroffen ist etwa ein Hausbesitzer, dessen Grundstück von der Leitung überspannt werden soll. Eine Bürgermeisterin, der man (später) zum Vorwurf machen würde, jenes nicht verhindert zu haben, wäre indirekt betroffen. Sie müsste um ihre Reputation fürchten. In jedem Fall ist ihr Protest auf dieselbe Trasse, also stets auf ein konkretes *Thema* bezogen.¹⁷

Die Gesamtheit dieser auf regionaler Ebene präsenten Akteure wird nachfolgend unter dem Begriff des *Themen-Challengers* zusammengefasst. Es lassen sich zwei grundsätzlich divergierende Handlungsorientierungen der Themen-Challenger identifizieren. Der Bau der Trasse bedeutet – wenngleich in unterschiedlichem Maße – eine Schädigung der Individualinteressen sämtlicher Themen-Challenger; sei es auch nur, dass man beim Spaziergang im benachbarten Wald künftig die neue Leitung kreuzen würde. Für diejenigen Protestierenden, bei denen deutlich mehr auf dem Spiel steht (bspw. Leitungsbau in einer Entfernung von 50 m zum Wohnhaus), ist klar davon

¹⁷ Damit ist keinesfalls gesagt, dass viele Themen-Challenger nicht auch darüber hinausgehende Forderungen aufstellen. Handlungsleitend für sie ist jedoch die Kritik an der konkreten Umsetzung eines Bauvorhabens.

auszugehen, dass diese Akteure primär auf die Wahrung individueller Interessen zielen. Mit dieser Handlungsorientierung korreliert die Artikulation moderater Forderungen, insbesondere nach dem Bau von Teilerdkabelabschnitten.¹⁸

Dann gibt es eine zweite Gruppe von Themen-Challengern, denen es nicht primär um die Wahrung des Eigeninteresses geht. In den Forderungen, die von ihnen aufgestellt werden, bspw. HGÜ-Erdkabel, Leitung nicht bauen etc., geht es zuvorderst darum, bestimmten energiewirtschaftlichen Argumenten Geltung zu verschaffen (Jarass/Obermair 2010; DIW 2012, 2013) bzw. auf die Energiepolitik Einfluss zu nehmen. Diese Forderungen sind der hohen oder maximalen Radikalitätsstufe zuzurechnen. Im Umsetzungsfall führen sie zu weitgehenden Änderungen des EnLAG bzw. der Grundlagen des Netzausbaukonzepts.

Zwar haben die Themen-Challenger keinerlei politische Gestaltungsmacht, um direkt Einfluss auf die legislativen Grundlagen des Netzausbaus zu nehmen. Dennoch verfügen sie über wichtige Handlungsressourcen. Dazu zählen die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Abgabe von Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren, Inanspruchnahme von Klagerechten und das Treffen kommunalpolitischer Beschlüsse (direktere Einflussnahme auf Landespolitik möglich).

Anhand zweier hypothetischer Extremfälle lässt sich der potenzielle Einfluss der Themen-Challenger im strategischen Handlungsfeld wie folgt skizzieren: Wären entlang sämtlicher 24 EnLAG-Trassen Protest-Bewegungen aktiv und würden sich alle mit ihrer hypothetischen Forderung durchsetzen, dass „ihre“ Leitung nicht gebaut werden solle,¹⁹ ließe sich folgendes Resümee ableiten: Die Kräfteverhältnisse im Handlungsfeld haben sich geändert. Weder die Incumbents (also Netzbetreiber und Energiekonzerne) noch die Pro-EnLAG-Akteure auf bundespolitischer Ebene hätten sich mit ihren Zielen durchgesetzt. Im anderen Extremfall, alle 24 Protestbewegungen gäben sich mit der Verkabelung einzelner Abschnitte zufrieden: Dann hätten sämtliche Themen-Challenger ihre Forderung ebenfalls durchgesetzt. Jedoch ginge damit keine weitgehende Veränderung des Handlungsfeldes einher. Jedes EnLAG-Projekt würde realisiert werden. Die einzige Abweichung bestände darin, mehr Erdkabelabschnitte zu realisieren als dies bisher geplant ist. Selbst wenn am Ende ein oder zwei Projekte nicht gebaut bzw. als HGÜ-Erdkabel realisiert würden, so schiene es kontra-

¹⁸ Diese Akteurgruppe pauschal dem Vorwurf einer NIMBY-Haltung auszusetzen erscheint gleichwohl unangemessen. Zwischen dem Maß an individueller Zumutbarkeit und dem vorgeblich zugunsten der Allgemeinheit verfolgten Zweck muss ein Ausgleich gefunden werden. Die vermehrte Realisierung von Erdkabelabschnitten würde im Vergleich zum Status quo bedeuten, die individuelle Zumutbarkeitsgrenze abzusenken und einen Teil der Nachteile auf die Gesellschaft umzuwälzen (bspw. über höhere Strompreise durch steigende Netzentgelte).

¹⁹ Das ist auch theoretisch nicht mehr möglich, da ein kleiner Teil der Vorhaben bereits fertiggestellt ist.

intuitiv, auf Grundlage dessen eine Veränderung des Handlungsfeldes zu begründen.²⁰ Aus dieser Perspektive betrachtet sind sich die Themen-Challenger – trotz unterschiedlicher Radikalitätsstufen – einander näher als es auf den ersten Blick scheint.

Die wesentlichen Handlungsressourcen der Themen-Challenger, also öffentlichkeitswirksame Aktionen, Beschwerden, Einwendungen und Klagen sowie publizistische Tätigkeiten, sind eher gering einzuschätzen. Nicht immer lässt sich die Relevanz eines Protestakteurs als Ergebnis seiner Handlungen interpretieren. Vielmehr trifft die Mannigfaltigkeit Tausender für sich genommen eher bedeutungsloser Handlungen auf die beachtliche Resonanz einer umweltpolitisch sensibilisierten Öffentlichkeit. Um sich nicht zu diskreditieren, müssen die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger generell darauf bedacht sein, zumindest zu suggerieren, dass man den „Bürgerwillen“ ernstnehme. Diese indirekte Einflussnahme lässt sich im Einzelnen nur schwer nachweisen. Aber sie spiegelt sich deutlich in der Art der Kompromissangebote seitens der Incumbents wider.²¹

5.2 Konzept-Challenger

Ohne die regionalen Proteste hätte das Thema Netzausbau nicht die heutige enorme öffentliche Wahrnehmung erlangt. Deshalb kommt den lokalen Challengern eine besondere Relevanz zu. Im Feld präsent ist ein weiterer Herausforderer-Typ, dessen Argumentationen und Forderungen von der jeweiligen regionalen Situation weitgehend unabhängig sind. Mit seiner Kritik an den Planungsgrundlagen des Netzausbaus geht der *Konzept-Challenger* häufig über die Anliegen der regional präsenten Akteure hinaus.

Diesem Challenger-Typ sind im Wesentlichen drei Gruppen zuzurechnen: Umwelt-NGOs, Akteure aus der Landes- und Bundespolitik sowie Wissenschaftler/innen. Sie kritisieren, dass die Netzausbauplanung mit dem EnLAG auf eine undemokratische Grundlage gestellt worden sei; dass neue Leitungen (auch) für Kohlekraftwerke geplant, der internationale Stromhandel ausgebaut und Maßnahmen zur Optimierung des bestehenden Netzes nicht ausgeschöpft würden. Diese Argumente werden von den Themen-Challengern teilweise aufgegriffen und unterstützen ihre Position im Handlungsfeld, indem sie die Legitimität ihrer Forderungen erhöhen. Die erste Motivation der lokalen und regionalen Akteure besteht aber darin, Forderungen durchzusetzen, die „ihre“ Trasse betreffen. Als Konzept-Challenger werden daher ausschließlich solche Akteure bezeichnet, die nicht aus der Position direkter Betroffenheit agieren. Ihre Handlungsorientierung ist weniger durch unmittelbare Interessen

²⁰ Tatsächlich wurde das Vorhaben EnLAG Nr. 22 (Weier – Villingen) aus dem Bedarfsplan gestrichen. Begründung: Fehlende energiewirtschaftliche Notwendigkeit (Bundesnetzagentur 2013).

²¹ Auf die zahlreichen Reaktionen zu den Protesten kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Zusammenfassend lässt sich allerdings sagen, dass es praktisch immer um kosmetische Nachbesserungen geht, um den moderaten Forderungen entgegenzukommen. Forderungen hoher oder maximaler Radikalitätsstufe werden ignoriert oder zurückgewiesen.

geprägt als durch Normen, Identitäten und Überzeugungen. Handlungsressourcen der Konzept-Challenger sind teilweise von stark indirektem Charakter. Während Wissenschaftler/innen vor allem über Know-how verfügen, das sie an die Protestierenden weitergeben, haben Akteure der parlamentarischen Opposition auf Bundes- und Landesebene im Fall eines Wahlsiegs prinzipiell die Möglichkeit, gesetzliche Rahmenbedingungen entsprechend der Kritik zu ändern.

Die bloße Zugehörigkeit zum Typus des Konzept-Challengers sagt noch nicht sehr viel über dessen Radikalität aus. Ähnlich wie bei den Themen-Challengern lassen sich auch hier unterschiedliche Radikalitätsstufen identifizieren. Forderungen zur Netzoptimierung, um den Bau neuer Leitungen einzuschränken, würden zwar Modifizierungen des EnLAG erfordern, sind jedoch nicht prinzipiell inkompatibel mit den Zielsetzungen der Netzbetreiber.²² Grundsätzlicher ist die Forderung, erneuerbare Energien und regelbare Kraftwerke verstärkt in Süd- und Westdeutschland zu installieren, um auf diese Weise den Ausbau des Übertragungsnetzes weitgehend überflüssig zu machen. Je nachdem, ob es den Konzept-Challengern um Nachbesserungen des EnLAG oder um weitgehende Kritik an den konzeptionellen Grundlagen des Netzausbaus geht, lassen sich die Handlungsorientierungen entweder einer hohen oder maximalen Radikalitätsstufe zuordnen. Dadurch, dass sich Konzept-Challenger über ihre Kritik am EnLAG definieren, kann es auch unter den „gemäßigeren“ Akteuren keinen geben, dessen Handlungsorientierung sich in eine (nur) moderate Radikalitätsstufe übersetzen ließe.

Akteure aus Forschung und Wissenschaft

Infolge der Erstellung oben genannter Gutachten im Auftrag derjenigen Bürgerinitiativen, die gegen den Bau der Thüringer Strombrücke (EnLAG Nr. 4) aktiv sind, haben die kritischen Standpunkte der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass und Gustav M. Obermair von der TU Wiesbaden bundesweit einen beachtlichen Grad an öffentlicher Wahrnehmung erlangt. Als Konzept-Challenger kommt ihnen eine herausragende Bedeutung zu. Sie wenden sich gegen mehrere zentrale Annahmen der dena-1-Netzstudie, deren Ergebnisse dem EnLAG maßgeblich zugrunde liegen.²³

²² Technologien zur Minderung des Netzausbaubedarfs werden auch von der dena in Erwägung gezogen (dena 2010: 302). Deren Einsatz – in diesem Fall Hochtemperaturseile – wird allerdings aufgrund schlechterer wirtschaftlicher Bilanz nicht favorisiert (ebd.).

²³ So berechne die Netzstudie „den erforderlichen Netzausbau für 90% der insgesamt installierten Nennleistung aller Windkraftwerke, was etwa einmal pro Jahr vorkommt. Ein Netzausbau für wenige Windspitzen widerspricht offensichtlich der gesetzlich gebotenen wirtschaftlichen Zumutbarkeit des Netzausbaus“ (Jarass 2010: 26f.). Im Falle eines optimierten Netzausbaus würde in der Regelzone von Vattenfall (heute 50Hertz Transmission) „weit weniger als 1% der möglichen jährlichen Windenergieausbeute ausgesperrt“ (Jarass/Obermair 2009: 53). Davon unabhängig kritisiert Jarass (2010: 26f.), dass Optimierungspotenziale im bestehenden Netz nicht berücksichtigt würden: „Freileitungsmonitoring und Hochtemperaturseile blieben bei der dena-I-Netzstudie völlig unberücksichtigt. Es stellt sich die Frage, inwieweit ein Leitungsneubau gesetzlich ohne vorherige Netzoptimierung und Netzverstärkung bestehender Leitungen zulässig ist. Zudem lassen die dena-I-Abschätzungen unberücksichtigt, dass die externen Kosten von Freileitungen (Landschaftsbelastung, Strahlung, langjährige Gerichtsverfahren wegen des Widerstands der Bevölkerung etc.) sehr hoch sind, die von Erdkabeln hingegen sehr niedrig.“

Zudem werde die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Trassen nicht adäquat nachgewiesen, sondern per EnLAG festgelegt (Jarass 2010: 27). „In der Gesetzesbegründung wird im Wesentlichen auf die (fehlerhaften) Ergebnisse der dena-I-Netzstudie verwiesen sowie pauschal ein wachsender europäischer Stromhandel und zusätzliche Anschlussnotwendigkeiten für konventionelle Kraftwerke erwähnt.“ (ebd.)²⁴

Der Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen (TU Berlin) übte grundsätzliche Kritik an den Ergebnissen und der Methodik von dena-2 (der zweiten Netzstudie der dena 2010) und damit an der führenden Rolle der Energieagentur für die Gestaltung des Netzausbaus. „Die Netzbetreiber entwerfen den Netzausbau für sich selbst. Die zugrundeliegenden Daten sind für Außenstehende nicht nachvollziehbar.“ (zit. nach: finanznachrichten.de, 23.11.2010) Die Rolle des Aufbaus von Kraftwerken in Süddeutschland werde beim Netzausbaukonzept nicht berücksichtigt (ebd.: 10). Ähnlich wie Jarass/Obermair monieren auch Hirschhausen et al. (ebd.) die Rolle der Netzausbauplanung hinsichtlich der Kohlekraftwerke. Olav Hohmeyer (Sachverständigenrat für Umweltfragen) kritisiert die mangelnde Transparenz der Netzplanungen (Neue Energie 1/11: 30). Hohmeyer et al. (2011) gelangen wie Hirschhausen et al. (2013: 13) und Jarass/Obermair (s.o.) zum Ergebnis, dass die Netzstabilität aktuell nicht gefährdet sei. Selbst im Fall eines Atomausstiegs bereits Ende 2015 müsse aufgrund der Möglichkeit des Stromimports keinesfalls „mit Einschränkungen im Strombezug gerechnet werden“ (Hohmeyer et al. 2011: 24). Michael Sterner vom Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik IWES zufolge würde sich der im Rahmen von dena-2 errechnete Netzausbaubedarf (3.600 km) auf weniger als die Hälfte reduzieren, „wenn wir nur für die Erneuerbaren Energien die Netze ausbauen.“ (zit. nach: Klimaretter.info, 12.4.2011) In diesem Fall seien „nicht mehr als 1.700 Kilometer Leitungen“ (ebd.) erforderlich.²⁵ Aufgrund der energie- und klimapolitischen Begründung der Kritik seitens hier genannter Konzept-Challenger ist ihnen allen eine Handlungsorientierung maximaler Radikalitätsstufe zuzusprechen.

Non-Government-Organisationen und überregionale BI-Zusammenschlüsse

Punktuell gibt es Verbünde von Bürgerinitiativen unterschiedlicher Regionen, die sich unabhängig von regionalen Gegebenheiten kritisch positionieren und daher ebenfalls als Konzept-Challenger gelten. Unter den großen NGOs zählen vor allem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Germanwatch zu dieser Gruppe. Deren Kritik am Netzausbaukonzept, die sich konkret auf die Netzstudie dena-2 be-

²⁴ Nicht nur das EnLAG, sondern auch die aktuell von der Bundesnetzagentur bestätigten Leitungsprojekte (Bundesnetzagentur 2012), werden von Lorenz Jarass kritisch beurteilt: „Bei ausreichendem Erneuerbare-Energien-Angebot müsste die Kohlestromproduktion heruntergefahren werden. Der nun vorgesehene Netzausbau für den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken auch bei Starkwindeinspeisung ist deshalb extrem kontraproduktiv für die Energiewende und bedroht ihre gesellschaftliche Akzeptanz.“ (zit. nach: Klimaretter.info, 5.4.2013)

²⁵ Das IWES war als Gutachter-Organisation an der dena-Netzstudie beteiligt (ebd.).

zieht, lässt sich grundsätzlich übertragen auf dena-1 und damit auf das EnLAG. Im Fokus der Kritik steht, dass der Netzausbau auch neuen fossilen Kraftwerken diene: „Die Dena-Studie suggeriert zwar, sie ermittele den Bedarf neuer Stromleitungen aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Tatsächlich wird der Bedarf jedoch durch AKW-Laufzeitverlängerungen, neue Kohlekraftwerke und die Ausweitung des internationalen Stromhandels deutlich erhöht.“ (Torben Becker (BUND), zit. nach: CO2-Handel.de, 23.11.2010) Auch Christoph Bals, Sprecher von Germanwatch, positioniert sich kritisch gegenüber dena-2. Der hohe Anteil an Kohlekraftwerken sei nicht kompatibel mit den klimapolitischen Zielen der Bundesregierung für das Jahr 2050. „Der Planungshorizont (Anm. MN: der Netzstudie) ist mit 2020 viel zu kurz gesetzt [...] und sämtliche technische Optionen, die zu einer Verringerung des Netzausbaus führen könnten, werden einfach als zu teuer ausgeschlossen. [...] Nachdem die dena dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, sollte die Bundesregierung prüfen, wer eine solche Aufgabe seriös durchführen kann.“ (Christoph Bals, zit. nach: Pressemitteilung von Germanwatch, 23.11.2010) Zu benennen ist an dieser Stelle auch der WWF, der sich mit Bezug auf das o.g. Hirschhausen-Gutachten (2010) kritisch auf dena-2 bezieht: „Eine glaubwürdige Weichenstellung für die Entwicklung einer langfristigen und nachhaltigen Infrastruktur muss noch entwickelt werden.“ (Regine Günther, Pressemitteilung WWF, 23.11.2010) Bei den „Bürgerinitiativen für einen umweltverträglichen Stromtransport in Deutschland“ handelt es sich um einen Zusammenschluss von BI-Verbänden. Vertreten sind Organisationen, die gegen die EnLAG-Projekte Nr. 2–6 protestieren. In erster Linie fordern die BI im Rahmen eines Appells an die Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates, dass die Bürgerrechte beim Netzausbau gewahrt bleiben und Erdkabel favorisiert werden sollen (Appell von 2008). Weiter fordern sie, dass „vor Inkrafttreten des Gesetzes (gemeint ist das EnLAG, MN) ergebnisoffen geprüft wird, welche Höchstspannungsleitungen überhaupt notwendig sind. [...] Auf die Verkürzung des Rechtsweges und der Genehmigungsverfahren“ solle verzichtet werden (ebd.). Ein weiterer Verbund aus 17 Bürgerinitiativen bzw. BI-Zusammenschlüssen publizierte später einen „Appell der Bürgerinitiativen für einen menschen- und umweltgerechten Stromtransport“. Darin wird die Forderung erhoben, für die Netzplanungen die „in Süddeutschland bestehenden Ausbauziele für erneuerbare Energien“ zu berücksichtigen, also „dezentral vor zentral“ (ebd.). Ähnlich bewertet Dietmar Schütz vom Bundesverband für Erneuerbare Energien (BEE) die Rolle dezentraler, d.h. nahe des Verbrauchsort hergestellter Energien: „Je mehr regenerative Kraftwerkskapazitäten wir in den einzelnen Regionen haben, desto geringer fällt der Bedarf an Fernübertragungsleitungen aus.“ (Pressemitteilung BEE, 30.5.2012)

Im Unterschied zu den Akteuren aus Forschung und Wissenschaft lassen sich hier neben Handlungsorientierungen maximaler Radikalitätsstufe (Germanwatch, BUND, WWF) auch solche identifizieren, die eher auf Kompromissbereitschaft schließen lassen: Es geht um „Appelle“ und um „ergebnisoffene Prüfung(en)“. Zudem wird

eingefordert, erneuerbare Energien verstärkt am Verbrauchsort zu produzieren und dadurch den Netzausbaubedarf zu vermindern.

Fraktionen und Politiker/innen auf Bundes- und Landesebene (ohne Regierungsfractionen)

Als Konzept-Challenger gelten vor allem die Bundestagsfraktionen der Parteien Die Grünen und Die Linke. Als einzige Fraktionen hatten sie am 7. Mai 2009 gegen den Gesetzesentwurf des EnLAG gestimmt (Schnelle/Voigt 2012: 10). Der Bundestagsabgeordnete Ingrid Nestle (Die Grünen) zufolge werde der Netzausbau nicht nur durch erneuerbare Energien, sondern auch durch „die Laufzeitverlängerungen und neue Kohlekraftwerke“ verursacht (zit. nach: FR-online, 5.10.2010). Damit steht Nestle in Einklang mit einem Beschluss der Grünen-Bundesfraktion vom 13.1.2011: „Die Netzentwicklungspläne werden de facto allein von den Netzbetreibern erstellt. Auch eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke werden in den Ausbaubedarf eingerechnet. Da die Netzdaten noch nicht einmal der Bundesnetzagentur vollständig zugänglich gemacht werden, erfolgt die Festlegung der Ausbaupläne ohne jede Möglichkeit einer ernsthaften öffentlichen Kontrolle. Das wollen wir ändern.“ (ebd.: 2f.) Auch die Linken-Bundestagsfraktion bewertet den derzeitigen Netzausbau kritisch: „Ein wesentliches Argument zum Ausbau des Hoch- und Höchstspannungsnetzes ist der wachsende Anteil erneuerbarer Energien. [...] Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass an den vorgesehenen Leitungswegen vor allem der Neubau konventioneller Großkraftwerke, meist groß dimensionierte Kohleblöcke, geplant ist.“ (Die Linke Bundesfraktion 2009: 13) Darüber hinaus wird eine fehlende demokratische Legitimität des EnLAG moniert: „Mit dem EnLAG will die Bundesregierung die Kritik offenbar umgehen, indem die Möglichkeiten zur rechtlichen Überprüfung der Genehmigungen stark beschnitten werden. Dadurch verringern sich für die Energiekonzerne die Planungsrisiken und die Verfahren können auf Kosten demokratischer Grundprinzipien schneller abgewickelt werden.“ (ebd.: 6) Nicht nur inhaltlich, sondern auch dem Duktus nach, ist für beide Fraktionen von einer Handlungsorientierung maximaler Radikalitätsstufe auszugehen.

Die wesentliche Gemeinsamkeit der Akteure dieses Challenger-Typs besteht darin, dass ihre Kritik am Netzausbau nicht auf die lokale Ebene bezogen ist. Jeder einzelne Kritikpunkt zielt auf mehr oder weniger weitgehende Änderungen des EnLAG. Ihre Handlungsorientierung entspricht daher mindestens einer hohen Radikalitätsstufe. Die meisten Konzept-Challenger gehen darüber noch hinaus. Sie beurteilen das EnLAG insgesamt als Ausdruck einer verfehlten Energiepolitik und monieren insbesondere die Rolle der Kohlekraftwerke für den Netzausbau. Die vorherrschende Deutung des Netzausbaus als „sine qua non der Energiewende“ teilen sie nicht. Dieser Positionierung ist eine maximale Radikalität zuzusprechen. Während die Handlungsressourcen dieser Akteure hinsichtlich ihrer Quantität nur schwer einzuschätzen sind,

lassen sich in der Qualität deutliche Unterschiede identifizieren. Die Wissenschaftler veröffentlichen ihre Standpunkte und geben ihr Know-how an die Bürgerinitiativen und andere Konzept-Challenger weiter. Die BI-Verbände, NGOs und Parteien bzw. Fraktionen repräsentieren insgesamt viele Tausend Mitglieder bzw. Wähler/innen. Die Äußerungen sämtlicher Konzept-Challenger werden von einer umweltpolitisch relativ interessierten Öffentlichkeit stärker wahrgenommen als in anderen Ländern.

5.3 Akzeptanz-Challenger

Die Themen-Challenger haben an der Realisierung der Trassen kein spezielles Interesse. Für sie gilt (stark vereinfacht): „Entweder die Forderungen werden erfüllt, oder wir werden weiterhin gegen den Bau der Leitung protestieren und klagen.“

Zwischen Incumbents und Bundesgesetzgeber einerseits und den Themen- und Konzept-Challengern auf der anderen Seite gibt es eine weitere Gruppe von Akteuren, die zwar nicht vom Bau der Trassen betroffen ist, aber doch ein Interesse an deren Realisierung hat. Dazu zählen u.a. die Landesregierungen, die von den Pro-EnLAG-Parteien SPD und CDU geführt werden: Auf der einen Seite kann es den Landesregierungen²⁶ aus Gründen politischer Konsistenz nicht gleichgültig sein, dass sich die Realisierung der EnLAG-Vorhaben aufgrund der regionalen Proteste um Jahre verzögert. Hat es allerdings den Anschein, als würde der Bau der Leitungen gegen den offenen Widerstand der regionalen Bevölkerung durchgesetzt, muss mit Sympathieverlusten gerechnet werden. Für die Landesregierungen und Landespolitiker/innen ergibt sich damit das Ziel, den Bau der Leitungen zwar zu gewährleisten, dabei jedoch die bestehenden Konflikte zu minimieren. Diesen *Akzeptanz-Challengern* geht es darum, den Bürgerinitiativen so viele Zugeständnisse zu gewähren, bis sich ein Großteil der Gruppen zufrieden zeigt. Im Unterschied zu den regionalen Protestakteuren agieren sie nicht aus der Motivation der Betroffenheit. Im Widerspruch zu den Konzept-Challengern stehend, lehnen sie das EnLAG nicht nur nicht ab, sondern sind aus parteipolitischen Interessen heraus auf die Umsetzung fixiert. Handlungsorientierend für diesen Challenger-Typ sind damit zum einen strategisch-politische Erwägungen. Anders als Themen- und Konzept-Challenger haben sie nicht unbedingt ein intrinsisches Interesse daran, wo Leitungen zu welchem Zweck gebaut werden.²⁷ Zum anderen verfolgen die landespolitischen Akteure diese Interessen, indem sie versuchen, widersprüchlichen normativen Rollenerwartungen gerecht zu werden, die von unterschiedlicher Seite gestellt werden: Während die Bundespolitik erwartet, das

²⁶ Es wäre grundsätzlich auch denkbar, die Rolle der landespolitischen Akteure als Challenger innerhalb eines etwaigen staatlichen Handlungsfeldes Netzausbau zu diskutieren. Hier geht es allerdings primär darum, welche Rolle landespolitische Akteure bei der Unterstützung der Netzausbau-Proteste spielen. Ob es sich dabei um Akteure staatlicher Provenienz handelt, ist für diese Frage sekundär.

²⁷ Die Möglichkeit, dass Personen, die diesem Challenger-Typ zugeordnet sind, die Anliegen der Betroffenen auch inhaltlich unterstützen, bleibt davon unberührt.

die Länder zur Umsetzung der Projekte aktiv beitragen, werden aus den Protestregionen (und seitens der Konzept-Challenger) Forderungen gestellt, die Projekte in bestehender Form nicht zu genehmigen.

Im Gegensatz zu den Themen- und Konzept-Challengern verfügen die Landesregierungen (und die ihnen nachgeordneten Planungsbehörden) über ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten, d.h. an politischen und planerischen Handlungsressourcen. Wie eingangs erläutert können staatliche Akteure das Handlungsfeld betreten, sofern sie sich klar zugunsten einer Seite positionieren. Zumindest für die niedersächsische Landesregierung ist dieses der Fall. Durch ihren Beschluss des Erdkabelgesetzes ist sie zum wichtigsten Akzeptanz-Challenger geworden. Dieses Gesetz stellt den größten unmittelbaren Erfolg eines Akzeptanz-Challengers dar, möglicherweise der Challenger insgesamt. Demnach können seit 2007 für Höchstspannungsleitungen unterirdische Trassenführungen beantragt werden, sofern dies „technisch und wirtschaftlich [...] sinnvoll ist, um bestimmte Mindestabstände zu Wohngebäuden einhalten zu können“ (Schörshusen 2010). Die Abstände sind im Landesraumordnungsprogramm festgelegt und betragen für Wohnhäuser 200 m, für geschlossene Siedlungen 400 m (ebd.). Horst Schörshusen, Sprecher der niedersächsischen Staatskanzlei, äußerte sich über den Entstehungskontext des Erdkabelgesetzes: „Die neue Diskussion über Elektromog, Vogelschutz, Landschaftsbild und Wertverluste hat nicht nur die Netzbetreiber, sondern auch die niedersächsische Landesregierung überrascht. Parteiübergreifend war sich die Bevölkerung vor Ort einig, den Kampf gegen neue Freileitungen aufzunehmen. Anfang 2007 wuchs die Anzahl der Eingaben an den Ministerpräsidenten exponentiell. Viele Orts- und Gemeinderäte schickten ablehnende Resolutionen nach Hannover. Der (damalige) Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hatte verschiedene Termine mit den Bürgerinitiativen und Bürgermeistern durchgeführt und versprochen, sich der Sache anzunehmen. Das Thema Netzausbau wurde plötzlich zur Chefsache.“ (ebd.) In der Verabschiedung des Erdkabelgesetzes vom Dezember 2007 äußert sich der Challenger-Charakter des Landes Niedersachsen darin, dass sich die Regierung explizit gegen das vorgelagerte Energiewirtschaftsgesetz gestellt hatte, demzufolge Erdkabel auf der Höchstspannungsebene generell nicht genehmigungsfähig seien (ebd.). Von den Netzbetreibern wird der Bau von Erdkabeln zudem grundsätzlich abgelehnt. Schörshusen lässt keinerlei Zweifel darüber aufkommen, dass die Ausbaumaßnahmen grundsätzlich befürwortet werden: „Das Hauptziel dieses Gesetzes war die Verbesserung der Akzeptanz vor Ort und die Beschleunigung des Netzausbaus [...] Erfahrungen im europäischen Ausland haben nämlich gezeigt, dass viele Verfahren nach einem Streit über mehr als 10 Jahre nur durch Teilverkabelungsmaßnahmen zu Ende geführt werden konnten. [...] Akzeptanz ist dabei das erforderliche Öl im Getriebe.“ (ebd.) Entsprechend bewertete Wulff das Gesetz: „Diese Regelung wird dazu beitragen, mit den Bürgern und nicht

gegen sie den notwendigen Netzausbau voranzubringen.“ (zit. nach: Neue Energie 11/2007: 10)²⁸

Im Fall der Trasse von Ganderkesee nach St. Hülfe (niedersächsischer Abschnitt des Projektes EnLAG Nr. 3) hat die veränderte Gesetzgebung zu einer Eskalation zwischen Netzbetreiber Tennet und der Planungsbehörde geführt. So weigerte sich Tennet, in dem Umfang Kabelabschnitte in seiner Planung zu berücksichtigen, wie es den Vorstellungen der Behörde entsprochen hätte.²⁹ Im EnLAG (§2) werden Erdkabelabschnitte als „Pilotvorhaben“ bezeichnet. Auf der Internetseite der Niedersächsischen Staatskanzlei zur Information der Bürger über den Netzausbau (<http://www.netzausbau-niedersachsen.de/freileitungen/drehstrom-vpe-kabel/index.html>, Abruf am 9.9.13) heißt es demgegenüber: Für die 380kV-VPE-Technologie-Erdkabeltechnik sei „kein weiterer Forschungsbedarf erkennbar. Die Technik ist grundsätzlich ausgereift.“ In den Jahren 2004 und 2005 seien weltweit insgesamt 12 VPE-Kabel auf der 400kV-Ebene installiert worden (ebd.).³⁰

Der Beschluss des Erdkabelgesetzes von Niedersachsen hatte Ausstrahlung in andere Bundesländer. So forderte die hessische Landtagsabgeordnete Ulrike Gottschalck: „Was in Niedersachsen funktioniert, muss auch in Hessen machbar sein [...] Die hessische Landesregierung muss dem Beispiel Niedersachsens folgen.“ (zit. nach: Neue Energie 11/2007: 10) Im Brandenburgischen Landtag stellten die Fraktionen der Grünen und der FDP den Entwurf eines Erdkabelgesetzes zur Abstimmung. In dem Papier vom 26.8.2010 heißt es: „[...] die Akzeptanz in der Bevölkerung für unterirdisch verlegte Stromleitungen (ist) deutlich höher als bei Freileitungen, was zu Verfahrensbeschleunigungen führen kann [...] Erdkabel sind daher unerlässlich für die Beschleunigung des Netzausbaus.“ Unterstützung für diesen Vorstoß erhielt der Entwurf von zwei SPD-Bundestagsabgeordneten: „Die Brandenburgischen SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Bierwirth und Markus Meckel engagieren sich auch weiterhin für die Verlegung von Erdkabeln auf der sogenannten Uckermarkleitung.“ (Gemeinsame Presseerklärung von P. Bierwirth und M. Meckel, 27.11.2008, zit. nach: Barnimer Bürgerpost, 5.12.2008)

²⁸ Unterstützung erhielt das Gesetzesvorhaben auch aus dem Bundesumweltministerium. Siegmund Gabriel (SPD), damaliger Umweltminister, zufolge werde „mit der Möglichkeit zur Verwirklichung von Erdkabeln ein großes Hemmnis zur Weiterentwicklung der erneuerbaren Energie abgebaut“ (zitiert nach: Neue Energie 11/2007: 10). Jedoch wurde das Gesetz von Teilen der Bundesregierung, insbesondere dem mächtigen Wirtschaftsministerium, stark kritisiert und sogar als „verfassungswidrig“ bezeichnet (ebd).

²⁹ In diese Entscheidung war auch Ministerpräsident David McAllister (CDU) involviert (Die Welt, 16.12.2012). Darin wird deutlich, dass die Behörden nicht unabhängig agieren, sondern für wichtige Entscheidungen die Einflussnahme politischer Akteure maßgeblich sein kann.

³⁰ Eine detaillierte Aufstellung der Projekte im Spannungsbereich 245 bis 420kV findet sich bei Helmut Alt (2011: 3).

In Schleswig-Holstein hat eine Änderung des Landesnaturschutzrechtes vom März 2010 dazu geführt, dass sich das Planfeststellungsverfahren für den westlichen Teil der „Windsammelschiene“ (EnLAG Nr. 9) um Jahre verzögerte. Wegen der Änderung mussten deutlich mehr Bäume umgepflanzt werden als nach altem Recht erforderlich gewesen wäre. Der Challenger-Charakter der Landesregierung wird darin deutlich, dass sie vom Netzbetreiber forderte, die Gesetzesänderung zu berücksichtigen, obwohl sich das Planverfahren zu diesem Zeitpunkt bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befand. Als die Windsammelschiene im Dezember 2012 den Betrieb aufnahm, war der östliche Teil der Leitung bereits seit circa zwei Jahren fertiggestellt (Erneuerbare Energien, 28.9.2011).

Weitere Akzeptanz-Challenger sind insbesondere der Bundesverband Windenergie (BWE), der als Interessenorganisation der Windenergiebranche daran interessiert ist, dass der Ausbau der Windenergie nicht durch verzögerten Netzausbau gebremst wird. „Wenn die bestehenden Freileitungen mit Hochtemperaturseilen und Temperaturmonitoring optimiert werden, brauchen wir nur halb so viel neue Stromtrassen. Das erhöht die Akzeptanz für den Netzausbau bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.“ (BWE-Präsident Hermann Albers, Pressemitteilung BWE, 23.11.2010)

Ebenfalls als Akzeptanz-Challenger ist das vom Bundesumweltministerium geförderte Forum Netzintegration Erneuerbare Energien zu interpretieren. Dabei handelt es sich um eine Diskussionsplattform, in deren Rahmen ein Dialog zwischen allen Beteiligten – Umweltgruppen, Protestinitiativen, Unternehmen der Energiebranche und Netzbetreiber – darüber geführt werden soll, wie der Netzausbau gesellschaftlich und politisch umzusetzen sei (<http://www.forum-netzintegration.de/ueber-uns/>, Abruf am 6.5.2013). Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung des Forums kann keine einheitliche Handlungsorientierung festgestellt werden.

Schließlich wird der Kabelhersteller Europacable dazu gezählt. In einer Stellungnahme hatte sich das Unternehmen „im Zuge des Ausbaus der Höchstspannungsnetze“ (Stellungnahme vom 11.12.2008) klar für Teilverkabelungen ausgesprochen: „Dies führt zu überschaubaren und vertretbaren Mehrkosten und führt dazu, die Akzeptanz von Netzerweiterungen in der Bevölkerung zu erhöhen und damit den Netzausbau zu beschleunigen.“ (ebd.) In kritischer Abgrenzung gegen Positionierungen der Netzbetreiber, Erdkabel seien nicht hinreichend erforscht und schadensanfällig, verweist Europacable auf einen beachtlichen Erprobungsgrad der Technik: „In Europa sind mehr als 2.000km Erdkabel im Höchstspannungsnetz (=380kV) verlegt.“ (ebd.)

Die Handlungsorientierung der hier genannten Akteure hat grundsätzlich die gleiche Struktur. *Erstens* verfolgen sämtliche Akteure wirtschaftliche oder anders geartete Eigeninteressen: Die landespolitischen Akteure streben eine Balance zwischen EnLAG-Umsetzung und Akzeptanz an. Dem BWE geht es darum, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu bedienen. Verzögerter Netzausbau könnte zu

verminderten Einnahmen der Windanlagenbetreiber führen. Für die Kabelhersteller geht es um Aufträge. *Zweitens* zielt die Erdkabel-Forderung auf Akzeptanz. Eine Kritik an den Leitungsprojekten selbst findet nicht statt. Auf der Radikalitätsskala sind daher alle Akzeptanz-Challenger in der Kategorie *moderat* zu verorten.

5.4 Zusammenfassung

In der folgenden Tabelle 2 sind die Challenger-Typen nach ihrer Handlungsorientierung/Radikalität und Handlungsressourcen zusammengefasst. Dabei werden über die Challenger-Typen jeweils zwei Aussagen getroffen. Erstens zur *Ausprägung* der Handlungsorientierung/Radikalitätsstufe (*moderat, hoch, maximal*) bzw. Präsenz/Stärke/Handlungsressourcen (*gering, groß*): Welche Ausprägung(en) ist/sind unter den Akteuren vertreten? Zweitens werden Kurzaussagen darüber getroffen, worin Handlungsorientierung und Handlungsressourcen *inhaltlich* bestehen.

Tabelle 2: Übersicht – Challenger-Typen

	Handlungsorientierung/ Radikalitätsstufe	Handlungsressourcen/ Stärke/Präsenz
Themen-Challenger	moderat, hoch, maximal. Gemeinsam ist der lokaler/regionaler Bezug der Proteste. Spezifische Eigeninteressen der Beteiligten.	gering ³¹ . Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten (Demonstrationen etc.), Gerichtsverfahren, Einwendungen zu Planungsverfahren.
Konzept-Challenger	hoch, maximal. Keine direkten Eigeninteressen. Motivation ist die Einflussnahme auf Energiepolitik und -wirtschaft.	gering. Gutachten erstellen, Präsenz in den Medien durch Stellungnahmen, Stärkung der Themen-Challenger durch Weitergabe von Know-how.
Akzeptanz-Challenger	moderat. Spezifische Eigeninteressen der Akteure.	(insgesamt) groß. Präsenz in den Medien durch Stellungnahmen, Gestaltung der Planverfahren, Beschluss von Gesetzen auf Landesebene.

³¹ Die Handlungsressourcen an der Gesamttrasse aktiver Proteste werden nicht höher eingeschätzt als solche mit punktuell aktiven BI. Für die Einschätzung der Handlungsressourcen sind eher die Proteste insgesamt relevant als einzelne Brennpunkte. Die Zuschreibung „gering“ bezieht sich ausschließlich auf die verfügbaren Optionen unmittelbarer Einflussnahme. Aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen (s.o.) kann von einer hohen indirekten und längerfristigen Wirksamkeit der Proteste ausgegangen werden, die faktisch auch besteht. Jedoch ist diese Faktizität nicht als Folge einzelner Protestaktivitäten zu verstehen. Vielmehr schlägt sich die Gesamtheit der Proteste in Erdkabelbeschlüssen und Planänderungen im Sinne der Bürgerinitiativen nieder.

6 Auswertung 2: Veränderungen des Strategischen Handlungsfeldes und Interaktionen zwischen den Challenger-Typen

6.1 Veränderung des Strategischen Handlungsfeldes auf der Challenger-Seite

Feldveränderungen sind in erster Linie mit Blick auf die Reaktionen politischer Entscheidungsträger und etablierter Akteure zu betrachten. Die vorliegenden Ergebnisse hinsichtlich Reaktionen auf Kritik und Proteste werden an anderer Stelle dargelegt. Es sei erwähnt, dass bisher kaum davon zu sprechen ist, dass sich Themen- oder gar Konzept-Challenger in wesentlichen Punkten durchgesetzt hätten. Der maßgebliche Erfolg aus Sicht der Proteste besteht darin, dass sie zur Verzögerung einiger Projekte beigetragen haben. Damit schafften sie einen Möglichkeitsraum für weitergehende (auch und gerade) konzeptionelle Reformen des Netzausbaus. Davon unabhängig gab es in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl kleinschrittiger Änderungen. Dies betrifft sowohl die Projektebene als auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Anhand dieser Reaktionen kann ex negativo auf etwaige Positionsänderungen von Challengern und Incumbents, auch im Sinne sich ändernder Machtrelationen zwischen beiden Akteurklassen, rückgeschlossen werden. Nichtsdestoweniger haben sich *innerhalb* der Akteurgruppe der Challenger Veränderungen eingestellt, die sich unabhängig von den Reaktionen der Incumbents als solche einordnen lassen.

Zur Bestimmung des Zeitraums, in dem sich strukturelle Änderungen vollziehen, müssen regionale Ungleichzeitigkeiten berücksichtigt werden. Letztere hängen u.a. damit zusammen, dass sich die Protestakteure erst dann konstituieren, wenn die Projekte ein bestimmtes Planungsniveau erreichen. So hätten EnLAG Nr. 1–4 bereits im Jahr 2010 den Betrieb aufnehmen sollen, wohingegen der Start der Leitungen EnLAG Nr. 5–6 erst für 2015 geplant ist. Während sich die ersten Protestinitiativen gegen EnLAG Nr. 1, 2 und 4 bereits um das Jahr 2005 gründeten, sind Proteste gegen EnLAG Nr. 5 und 6 erst seit 2008 dokumentiert. Dennoch lässt sich der Zeitraum wesentlicher Entwicklungen der Akteurstruktur klar auf den relativ kurzen Zeitraum 2005 bis 2007 eingrenzen.

Wichtiger chronologischer Bezugspunkt ist die dena-Netzausbaustudie von 2005. Damals wurde die Realisierungsabsicht der umstrittenen Projekte erstmals öffentlichkeitswirksam dargelegt. Seitdem sind sowohl lokal, regional und bundesweit agierende neue Akteure und Akteuertypen im Handlungsfeld präsent, von denen die BI auf unterschiedliche Weise unterstützt werden: die Akzeptanz- und Konzept-Challenger (Abb. 2). Dieser Status hat sich seitdem verfestigt und ist (zumindest) bis 2013 nur geringen Änderungen unterworfen. Letztere sind vor allem im Kreis der Themen-Challenger zu beobachten: Einige ändern ihre Forderungen, verschwinden, bilden sich neu oder treten erst später hinzu. Insgesamt aber lässt sich von einer ho-

hen Kontinuität sprechen. Davon unabhängig werden die Trassenplanungen von Seiten der Incumbents zwar langsam, aber stetig vorangetrieben.

Mit dem Beschluss des Erdkabelgesetzes hat die niedersächsische Landesregierung im Jahr 2007 als wichtigster Akzeptanz-Challenger das Handlungsfeld betreten. Ebenfalls seit 2007 führen Lorenz Jarass und Gustav Obermair als wichtige Konzept-Challenger Studien zur Frage der Notwendigkeit der Thüringer Strombrücke (EnLAG Nr. 4) durch. Auch die Basis der Themen-Challenger erweiterte sich. Viele Kommunen und einige Landkreise trafen Beschlüsse zur Unterstützung der BI.

Insgesamt bedeutet das Hinzutreten dieser Akteure eine quantitative und qualitative Erweiterung der Proteste. Jedoch geht damit nicht nur eine Stärkung der regionalen Proteste einher. Vielmehr kristallisieren sich teils unterschiedliche Stoßrichtungen und Schwerpunktsetzungen heraus. Nicht in allen Fällen positionieren sich die Challenger klar gegen die Incumbents des Feldes bzw. gegen die relevanten bundespolitischen Akteure. Aufgrund teils divergierender Interessen und Zielsetzungen muss von inneren Widersprüchen des Challenger-Blocks ausgegangen werden. Die Präsenz der neuen Akteure kann damit einer Polarisierung der Themen-Challenger Vorschub leisten. Solange sich nicht abzeichnet, dass sich dort, wo regionale Protest-Akteure mit divergierender Handlungsorientierung aktiv sind, eine der beiden Positionen durchsetzt, bleiben die Widersprüche ohne Bedeutung. Andernfalls sind regionale Spaltungsprozesse denkbar.

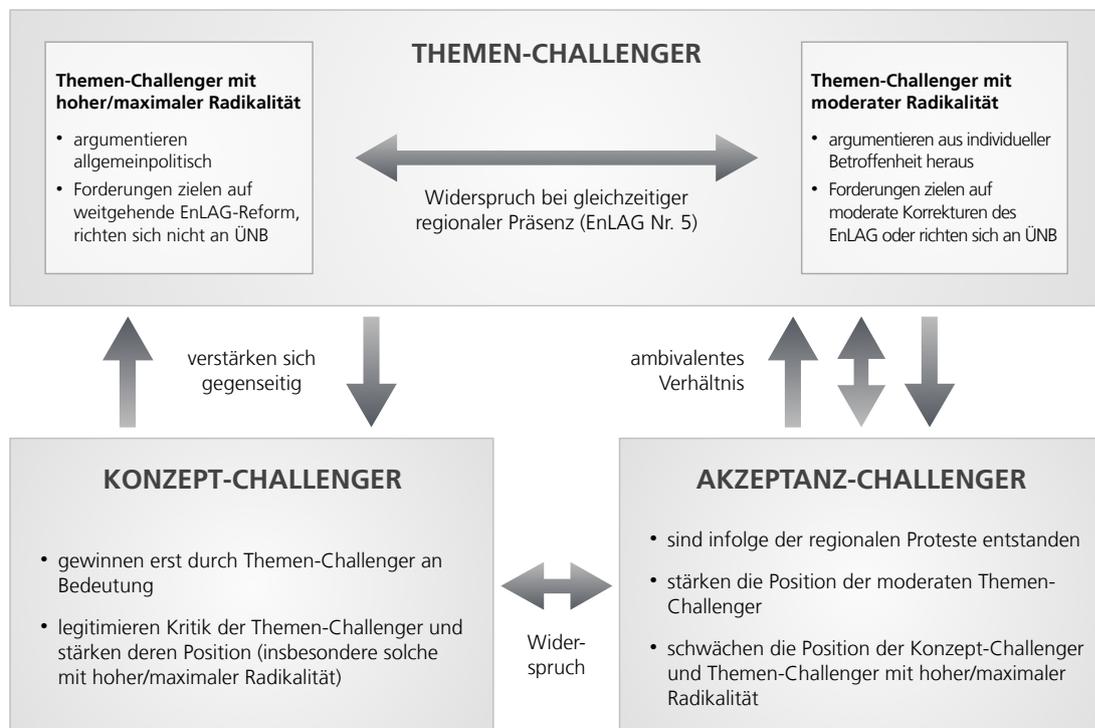
Abbildung 2: Veränderungen des Handlungsfeldes auf Challenger-Seite



6.1 Relationen und Interaktionen zwischen den Challenger-Typen

Die wesentliche Gemeinsamkeit der Challenger-Typen besteht darin, dass sie Kritik am Netzausbaukonzept oder einzelnen EnLAG-Trassen üben und auf unterschiedliche Weise versuchen, die Projekte zumindest in derzeitiger Form zu verhindern. Jenseits davon handelt es sich bei der Challenger-Gruppe nicht um einen homogenen Block, der mit gemeinsamer Zielsetzung agieren würde. In manchen Fällen verstärken sich die Akteure unterschiedlicher Typen, in anderen stehen sie in einem mehr oder weniger widersprüchlichen Verhältnis zueinander (Abb. 3).

Abbildung 3: Beziehungen zwischen den Challenger-Typen: Verstärkung, Ambivalenz und Widersprüche



Relation zwischen Themen- und Konzept-Challengern – wechselseitige Verstärkung

Grundsätzlich besteht zwischen diesen Challenger-Typen ein Verhältnis positiver Verstärkung. Im Prinzip gibt es die Konzept-Challenger im Energiesektor schon seit Jahrzehnten. Traditionell setzen sie sich gegen den Betrieb von Atomkraftwerken, für die Umstellung auf erneuerbare Energien und dezentrale Energieversorgung ein. Einschlägig sind auch die einzelnen Gruppen dieses Challenger-Typs: Kritische Wissenschaftler/innen, zumindest traditionell die Grüne Partei sowie Umwelt-NGOs. Die Analysen, Argumente und das Know-how der Konzept-Challenger haben überhaupt

erst vor dem Hintergrund der lokalen Proteste an Bedeutung gewonnen. Das Feedback und die Aufmerksamkeit, die ihnen zuteil geworden ist, hat sie in ihrer Aktivität bestärkt. Damit haben die „üblichen Verdächtigen“ mit der Kritik am EnLAG-Netzausbau ihre Betätigungsfelder erweitert und werden gewissermaßen den *normativen Rollenerwartungen* (Scharpf 2000: 118), die von Teilen der Öffentlichkeit an sie gestellt werden, gerecht.

Umgekehrt wird die Position der Themen-Challenger durch die Konzept-Kritik gestützt. So bewerten Schnelle/Voigt (2012: 61) die Rolle der Gutachten von Jarass/Obermair hinsichtlich der Thüringer Strombrücke: „Erst durch die Beteiligung dieser Fachexperten konnten die BI z.B. in den Erörterungsterminen über die technischen Aspekte der 380kV-Leitung auf Augenhöhe argumentieren. Der Vorhabenträger war gezwungen, auf diese fachlich spezifischen Argumente zu reagieren, die der „normale“ Bürger nicht hätte vorbringen können.“ Die Themen-Challenger erhielten zudem neue Argumente, die ihren Protest nicht nur auf eine erweiterte inhaltliche Basis stellen, sondern auch Ansätze zur Zurückweisung des NIMBY-Vorwurfs (NIMBY = „Not in my backyard“) bieten. So finden sich Argumente der Konzept-Challenger auf den Internetseiten zahlreicher „moderater“ BI ebenfalls wieder.

Gleichwohl kann von einer widerspruchsfreien Stärkung der Themen-Challenger nicht gesprochen werden. Denn die unterschiedlichen Prioritätensetzungen und Handlungsorientierungen der Akteure führen teilweise zu grundlegenden Differenzen. Möglicherweise vertritt ein Hausbesitzer vor allem deshalb die Forderung, einen Teil der Leitung zu verkabeln, weil er seinen Privatinteressen (bspw. Werterhaltung von Immobilien) schützen möchte. Wird dieselbe Forderung von der ansässigen Bürgermeisterin artikuliert, tritt neben das Interesse, die Wählergunst zu erhalten, auch der Aspekt normativer Rollenerwartungen: Man erwartet, dass sie sich für die Interessen der Bürger/innen angemessen einsetzt. Faktisch kann die Teilverkabelung zur beschleunigten Umsetzung des Projekts führen, das möglicherweise seitens der Konzept-Challenger grundsätzlich abgelehnt wird. Letztere könnten zudem dort polarisierend wirken, wo Themen-Challenger Forderungen unterschiedlicher Radikalitätsstufe artikulieren. Solange die Forderungen beider Gruppen unerfüllt bleiben, bestärkt man einander im Protest gegen den Status quo. Erst wenn sich die Möglichkeit abzeichnet, durch Teilverkabelungen einen Großteil der Proteste zu befrieden, zerfällt die Einheit. Dann könnte ein latenter Widerspruch zwischen Konzept-Challengern und Themen-Challengern mit HGÜ-Erdkabel- oder Nicht-Bau-Forderung einerseits und gemäßigten Protestakteuren andererseits akut werden.

Relation zwischen Themen- und Akzeptanz-Challengern – ein ambivalentes Verhältnis

Ohne die kontinuierliche Aktivität der Themen-Challenger hätte es etwa für landespolitische Akteure oder den Bundesverband Windenergie keinerlei Grund gegeben,

das Handlungsfeld überhaupt zu betreten. In noch stärkerem Maße als bei den Konzeptkritikern handelt es sich bei den Akzeptanz-Akteuren um Challenger-Typen zweiter Ordnung, die erst infolge eines bestehenden Konfliktes entstanden sind oder an Relevanz gewannen. Die Wirkung der Akzeptanz-Challenger hinsichtlich der regionalen Proteste ist weniger eindeutig. Insbesondere für die landespolitischen Akteure aus CDU und SPD gilt, dass sie ein Interesse daran haben, das von den Bundestagsfraktionen dieser Parteien beschlossene EnLAG möglichst geräuscharm umzusetzen. In Einklang mit dieser Zielsetzung unterstützen sie Forderungen moderater Radikalitätsstufe. Meist stärken sie diejenigen BI, von denen Teilverkabelungen (bspw. Niedersächsisches Erdkabelgesetz) oder Korrekturen des Trassenverlaufs gefordert werden. Hier sind die Interessen beider Challenger-Typen ähnlich gelagert. Forderungen der höheren Radikalitätsstufen werden nicht unterstützt, da sie offenbar den Interessen der Pro-EnLAG-Akteure zuwiderlaufen.³² Insbesondere bei den EnLAG-Vorhaben Nr. 4 und Nr. 6, wo radikale Themen-Challenger am stärksten präsent sind, könnten moderate Forderungen ins Leere laufen. Einvernehmliche Lösungen innerhalb des EnLAG-Rahmens sind dort eher unwahrscheinlich – mit oder ohne Erdkabel-Abschnitte.

Die Annahme, dass die lokalen Protestgruppen (gleich welcher Couleur) umgekehrt diejenigen Akteure unterstützen, denen es darum geht, die Akzeptanz zu verbessern, erscheint prinzipiell widersprüchlich. Ohne die Proteste hätte die Präsenz der Akzeptanz-Challenger im Handlungsfeld keinen Sinn. Nichtsdestotrotz wird die Position der Akzeptanz-Challenger bestätigt, wenn aus ihrer Sicht konstruktive Teilkabel-Forderungen dominieren, die grundsätzlich mit der EnLAG-Umsetzung kompatibel sind.

Relation zwischen Akzeptanz- und Konzept-Challengern – Gegensätzliche Handlungsorientierungen und Rollenerwartungen

Auch hier ist der Blick vor allem auf die staatlichen Akteure unter den Akzeptanz-Challengern gerichtet. Für die übrigen Akteure dieses Typs gelten die getroffenen Aussagen teilweise nicht.

Bei den Konzept-Challengern steht die Frage der konkreten Planumsetzung nicht im Zentrum. Nur dort, wo sie den Bau einzelner EnLAG-Leitungen grundsätzlich befürworten – und sich daher wünschen, dass diese Projekte von der ansässigen Bevölkerung akzeptiert werden – können sich punktuelle Koalitionen beider Challenger-Typen bilden.³³

³² Andere Akzeptanz-Challenger wie der Bundesverband Windenergie oder die Kabelhersteller Europacable (oder auch ABB) sind in dieser Hinsicht weniger festgelegt. Insbesondere der BWE vertritt auch moderatere konzeptkritische Positionen.

³³ Ob es dafür Beispiele gibt, ist nicht im Einzelnen geprüft worden. In jedem Fall ginge es um ein zufälliges Zusammenwirken. Dasselbe Vorhaben würde von beiden Challenger-Typen aus jeweils unterschiedlichen Gründen unterstützt.

Ausgehend von den einzelnen Positionierungen der Konzept-Challenger darf jedoch angenommen werden, dass ein konfrontatives Verhältnis der Normalfall ist. Aus Sicht der Konzeptkritiker geht mit der verbesserten Akzeptanz für ein Projekt, das sie prinzipiell ablehnen, die Verschlechterung ihrer Position im Handlungsfeld einher. Umgekehrt führen die Aktivitäten der Konzept-Challenger zu einer schwächeren Position der Akzeptanz-Akteure. Denn die Verfügbarkeit zusätzlicher Argumente nimmt den Themen-Challengern generell den Druck, sich leichtfertig für eine (kompromissorientierte) Teilverkabelungslösung auszusprechen. Der Widerspruch beider Challenger-Typen lässt sich insbesondere auf divergierende Handlungsorientierungen (vgl. Tab. 2) und miteinander inkompatible normative Rollenerwartungen zurückführen. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Erwartungen betrachtet, die vor allem an Umwelt-NGOs und die Grüne Partei herangetragen werden: sich für die Entwicklung von Netzausbaukonzepten zur Umstellung auf regenerative Energien einzusetzen. Während es sich hier um Erwartungen zur Gestaltung des (Netzausbau-) Konzepts handelt, spielen inhaltliche Aspekte für die Akzeptanz-Challenger eine nachgeordnete Rolle.

Am Beginn der Netzausbau-Proteste um das Jahr 2005 stellte sich die Konfliktkonstellation recht übersichtlich dar. Zwischen den lokalen Bürgerinitiativen und den planenden ÜNB existierte eine klare Frontstellung. Mit einer seitdem aufkommenden Pluralisierung und Differenzierung der Protest- und Challenger-Akteure hat die Konfliktlinie an Klarheit und Geradlinigkeit eingebüßt. Zu unterschiedlich sind die Handlungsorientierungen vieler Akteure, die auf Challenger-Seite das Feld betreten haben. Gleiches gilt für die Eigeninteressen der Akteure und an sie gerichtete Erwartungen. Diese Grundstruktur, wie sie oben beschrieben und in den Abbildungen 2 und 3 dargestellt wird, hat sich um das Jahr 2007 ausgebildet und seitdem kontinuierlich verfestigt. Dafür, dass sich widersprüchliche oder ambivalente Aspekte in den Beziehungen zwischen den Challenger-Typen nachteilig auf ihre strategischen Positionen im Handlungsfeld ausgewirkt hätten, wurden keine empirischen Beweise gefunden. Dies könnte daran liegen, dass bisher keine „Friedensangebote“ offeriert wurden, die von einem Teil der Challenger akzeptiert, von anderen jedoch abgelehnt worden wären. In der Zurückweisung bisheriger Zugeständnisse sind sich die Akteure weitgehend einig.³⁴

³⁴ Dies mag auch damit zusammenhängen, dass selbst auf denjenigen Trassen, die für den Bau von Erdkabelsegmenten vorgesehen sind, seitens der ÜNB kaum entsprechende Planungen in die Wege geleitet werden. Interessant sind hier vor allem diejenigen Fälle, wo Forderungen, denen unterschiedliche Handlungsorientierungen zugrunde liegen, nebeneinander stehen (bspw. „Teilverkabelung und HGÜ-Erdkabel“ oder „Teilverkabelung und Null-Option“). Der Fortgang speziell dieser Planungsprozesse sollte weiter verfolgt werden. Ein Interview-Partner, Mitglied der BI „Pro Erdkabel Harzvorland e. V.“, wies allerdings darauf hin, dass es durchaus einige lokale Protestgruppen gab, die ihre Aktivitäten beendeten, nachdem der Netzbetreiber sich für eine alternative Trassenführung entschieden hatte.

6.3 Netzausbau-Proteste als soziale Bewegung?

Bei den Protesten gegen EnLAG Nr. 1–6 geht es um eine Gesamtstrecke von circa 1.000 km (Bundesnetzagentur 2013). Angesichts der Pläne der Bundesregierung, in den kommenden zehn Jahren zusätzlich circa 4.000 km 380kV-Leitungen neu- und auszubauen, könnten sich die Proteste noch deutlich ausweiten. Damit nimmt die Relevanz des Themas für die sozialwissenschaftliche Konflikt- und Bewegungsforschung zu. Demonstrationen, Kundgebungen, Organisation kritischer Vorträge und Podiumsdiskussionen: All dies sind typische Aktionsformen traditioneller sozialer Bewegungen (bspw. Arbeiter-, Frauen- und Anti-AKW-Bewegung). Es stellt sich die Frage, ob es sich bei den Netzausbauprotesten ebenfalls um eine soziale Bewegung handelt.³⁵

Rucht/Roth (2008: 26) zufolge erfüllen die Proteste zumindest eine notwendige Bedingung: „Ohne sichtbaren Protest gibt es keine soziale Bewegung. Alltagsroutinen bestätigen den Status quo.“ Dennoch erscheint es kaum plausibel, die Netzausbauproteste künftig auf einer Stufe mit der Anti-AKW-, Anti-Kriegs- oder Studentenbewegung zu diskutieren. Darüber, wie sich die Proteste soziologisch einordnen lassen, soll nachfolgend eine erste Einschätzung getroffen werden. Bezugspunkt ist die Definition sozialer Bewegungen durch Rucht/Roth (2008: 13): „Aber nicht jeder Protest ist Ausdruck sozialer Bewegungen. Von Bewegungen sprechen wir erst, wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen.“

Welche Charakteristika erfüllen die Netzausbau-Proteste, welche nicht? Schon die erste Bedingung, die Existenz eines „Netzwerks von Gruppen und Organisationen“ verweist auf einen kritischen Aspekt: Geht man einmal nur von den Themen-Challengern aus, so müsste man nicht von einer einzigen, sondern von sechs unterschiedlichen Bewegungen sprechen, die jeweils unabhängig voneinander existieren könnten. Denn sie sind erstens untereinander nur schwach vernetzt. Zweitens agiert ein Großteil der lokalen, an derselben Trasse aktiven BI weitgehend voneinander isoliert bzw. in kleinen Vernetzungseinheiten. Wichtige Ausnahmen bilden hier die Fälle EnLAG Nr. 4 und Nr. 6.³⁶

Andere Voraussetzungen werden durchaus erfüllt: Durch die zahlreichen Protestakteure wird die „Kontinuität des Protestgeschehens“ gesichert (s.o.). Zudem äußert sich der „Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels“ darin, dass sich die Akteure bewusst nicht gegen den Netzausbau, sondern gegen den Bau von Freileitungen wenden. Insofern grenzen sie sich vom Standpunkt „bloße(n) Neinsan-

³⁵ Mit derselben Frage setzten sich Dolata/Schrape (2013) am Beispiel neuer kollektiver Akteure im Internet auseinander.

³⁶ Siehe zur Rolle von Netzwerken in sozialen Bewegungen: Della Porta/Diani (1999: 117ff.).

gens“ ab. Dennoch erscheint eine Einordnung der Netzausbauproteste in den Kanon der traditionellen sozialen Bewegungen nicht nur aufgrund fehlender oder schwach ausgeprägter Netzwerke nicht angezeigt: So haben „[...] soziale Bewegungen [...] gemeinsame Ziele, Überzeugungen und Deutungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die kollektives Handeln ermöglichen“ (Rucht/Roth 2008: 24). Diese Voraussetzung wird von den Netzausbau-Protesten offensichtlich nicht erfüllt. Zu sehr unterscheiden sich die Handlungsorientierungen. Was verbindet eine Hausbesitzerin, die sich legitimer Weise um die Gesundheit ihrer Familie und den Wert ihrer Immobilie sorgt, mit der Aktivistin eines Umweltverbandes, der es um die Durchsetzung von Konzeptforderungen geht?³⁷

Darüber hinaus erscheint es wenig plausibel, Akzeptanz-Challengern, die einige Forderungen primär aus taktischen Gründen unterstützen, überhaupt als Akteure innerhalb einer sozialen Bewegung zu verorten. Rucht/Roth (ebd.: 17) grenzen soziale Bewegungen deutlich gegenüber Bürgerinitiativen ab: „Das Grundprinzip von Bürgerinitiativen ist denkbar einfach: Betroffene und/oder engagierte BürgerInnen finden sich anlassbezogen zusammen, meist um administrative Zumutungen zurückzuweisen, Planungen zu blockieren und konkrete Alternativen einzufordern. [...] Viele Bürgerinitiativen bleiben bei ihren überschaubaren und thematisch begrenzten Interessen, seien es Krötentunnel und Nistkästen, die Verhinderung einer lärmintensiven Durchgangsstraße oder die Möglichkeit, das eigene Kind im Krankenhaus zu betreuen.“ Mit Blick auf die Ökologiebewegung verweisen Rucht/ Roth (ebd.) auf die Möglichkeit, dass sich Bürgerinitiativen „von dem Geruch bornierter Interessenpolitik“ befreien.

Solcherlei Emanzipationsprozesse stehen allerdings innerhalb der Netzausbauproteste noch am Anfang. Ansätze in diese Richtung gibt es dort, wo regionale und überregionale Vernetzungen existieren oder angestrebt werden. Weitere mögliche Ausgangspunkte liegen überall, wo die HGÜ-Erdkabel-Forderung oder sonstige Konzept-Forderungen gestellt werden. Eigeninteressen der lokalen Bevölkerung werden auf diese Weise kaum effizient verfolgt. Inwieweit sich die Netzausbauproteste in den kommenden Jahren maßgeblich durch Erdkabelabschnitte und Trassenverlegungen befrieden lassen oder tatsächlich eine stark vernetzte soziale Bewegung entsteht, in der Konzeptforderungen für die meisten Bürgerinitiativen maßgeblich werden, ist aus heutiger Sicht offen.

³⁷ Unterschiedliche Handlungsorientierungen existieren auch in „unstrittigen“ sozialen Bewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung. Manchen genügt es, aus der Atomkraft auszusteigen bzw. die Energieversorgung auf die Nutzung regenerativer Energien umzustellen. Andere sehen den politischen Widerstand gegen die Atomanlagen als Teiletappe auf dem Weg in eine sozialistische oder „herrschaftsfreie“ Gesellschaft. In allen Fällen geht es nicht nur um eine Technologie, sondern um jeweils unterschiedliche soziale Visionen („bürgerlich, aber grün“, „sozialistisch“, „herrschaftsfrei“). Ein großer Teil der gegen Freileitungen Protestierenden würde sich demgegenüber damit zufrieden geben, wenn eine einzelne Stromleitung einige Hundert Meter weiter vom Gartenzaun entfernt gebaut würde.

7 Fazit und Ausblick

Bei der Konstellation der Proteste gegen Freileitungen und Netzausbau handelt es sich grundsätzlich um ein heterogenes Gebilde, das zusätzlich regional-spezifischen Differenzierungen unterworfen ist. Diese Heterogenität der Protestakteure ist Ausdruck teils widersprüchlicher Handlungsorientierungen, Interessenlagen und Rollenerwartungen. Unmittelbare Auswirkungen der Widersprüche, etwa offene Auseinandersetzungen zwischen Bürgerinitiativen und Kommunen, können auf Basis der ausgewerteten Dokumente nicht nachgewiesen werden. Die Frage, welche Stoßkraft eine einheitlichere Challenger-Konstellation hätte entfalten können, muss offen bleiben. Für die Konflikt- und Bewegungsforschung interessant wäre hier der Vergleich mit thematisch anderen Protestfeldern. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass die Nachteile interner Widersprüche, die mit der Erweiterung der Akteurstruktur im Fall der Netzausbauproteste einhergegangen sind, durch eine Stärkung der Themen-Challenger deutlich überkompensiert werden. Sowohl Konzept- als auch Akzeptanz-Challenger liefern den lokalen Akteuren nicht nur weitere Argumente, sondern bieten ihnen auch so etwas wie institutionelle Rückendeckung.

Aus heutiger Sicht lassen sich die Proteste um den Netzausbau nicht als soziale Bewegung interpretieren. Bisher dominiert eine Sichtweise individueller Betroffenheit. Erforderlich wäre die Durchsetzung eines weitergehenden Interpretationsrahmens. Statements wie „Neue Netze für Erneuerbare Energien!“ sind zwar präsent, aber in ihrer Relevanz für die meisten Themen-Challenger zweitrangig. Eine Untersuchung darüber, in welche Richtung sich die Proteste in den kommenden Jahren entwickeln, wäre Gegenstand künftiger Forschungen. Die hier getroffenen Aussagen können dafür nur erste Anhaltspunkte bieten.

Für die weitere Untersuchung des Handlungsfeldes ist es wichtig, die Reaktionen seitens Bundespolitik und Netzbetreiber genau in Augenschein zu nehmen. Erst vor diesem Hintergrund können empirisch begründete Aussagen über Veränderungen strategischer Positionen der Akteure getroffen werden. Hierzu liegen aus diesem Projekt bereits Ergebnisse vor. Diese gilt es nun mit Blick auf die spezielle Konstellation der Challenger-Seite zu interpretieren.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

- Alt, Helmuth, 2011: *Wunsch und Wirklichkeit: Freileitung oder Kabel?* Aachen, 22.2.2011.
[http://www.alt.fh-aachen.de/downloads/Allgemeines/Erdkabel% 20380 kV Oswald Bruderle FDP DENA 22.02.2011.pdf](http://www.alt.fh-aachen.de/downloads/Allgemeines/Erdkabel%20380%20kV%20Oswald%20Bruderle%20FDP%20DENA%2022.02.2011.pdf), Abruf 31.5.2013.
- Baedeker, Harald, 2002: *Leitbild und Netzwerk. Techniksoziologische Überlegungen zur Entwicklung des Stromverbundsystems*. Dissertation. Nürnberg.
- Bauknecht, Dierk/Späth, Philipp/Leprich, Uwe/Rohracher, Harald, 2006: Transformation der Stromwirtschaft. Die Rolle der Netze und ihrer Regulierung. In: Reiche, Danyel/Bechberger, Micha (Hg.), 2006: *Ökologische Transformation der Energiewirtschaft. Erfolgsbedingungen und Restriktionen*, S. 257–275. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Becker, Peter, 2011: *Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne. Zugleich ein Beitrag zur Entwicklung des Energierechts*. Bochum: Ponte Press.
- Beyer, Jürgen, 2006: *Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel*. Frankfurt a.M.: Campus.
- BMWi, 2013: *Netzentwicklungsplan Strom 2012. Basis für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung*. Monatsbericht 01/2013.
- Bontrup, Heinz J./Marquardt, Ralf M., 2010: *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen*. Berlin: edition sigma.
- Bruns, Elke/Futterlieb, Matthias/Ohlhorst, Dörte/Wenzel, Bernd, 2012: *Netze als Rückgrat der Energiewende. Hemmnisse für die Integration erneuerbarer Energien in Strom-, Gas- und Wärmenetze*. Berlin: Universitätsverlag.
- Bruns, Elke/Ohlhorst, Dörte/Wenzel, Bernd/Koppel, Johann, 2011: *Renewable Energies in Germany's Electricity Market. A Biography of the Innovation Process*. Berlin: Springer.
- Bundesnetzagentur, 2012: *Bestätigung Netzentwicklungsplan 2012 durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen*. 25.11.2012.
http://nvonb.bundesnetzagentur.de/netzausbau/Bestaetigung_Netzentwicklungsplan_Strom_2012.pdf, Abruf 31.5.2013.
- Bundesnetzagentur, 2013: *Stand des Ausbaus von Energieleitungen nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) zum ersten Quartal 2013*
http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/EnLAG-Monitoring/Gesamtuebersicht2013Q1.pdf?__blob=publicationFile, Abruf 27.5.2013.
- Byzio, Andreas/Heine, Hartwig/Mautz, Rüdiger/Rosenbaum, Wolf, 2002: *Zwischen Solidarhandeln und Marktorientierung. Ökologische Innovationen in selbstorganisierten Projekten – autofreies Wohnen, Car-Sharing und Windenergienutzung*. Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario, 1999: *Social Movements: An Introduction*. Oxford: Basil Blackwell.
- dena, 2005: *dena-Netzstudie I. Energiewirtschaftliche Planung für die Netzintegration von Windenergie in Deutschland an Land und Offshore bis zum Jahr 2020. Konzept für eine stufenweise Entwicklung des Stromnetzes in Deutschland zur Anbindung und Integration von Windkraftanlagen Onshore und Offshore unter Berücksichtigung der Erzeugungs- und Kraftwerksentwicklungen sowie der erforderlichen Regelleistung*. Endbericht. Köln.
- Deutsche Umwelthilfe (Hg.), 2010: Forum Netzintegration Erneuerbare Energien. *Plan N - Handlungsempfehlung an die Politik* (zitiert als „Plan N“). Radolfzell.
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W., 1983: The iron cage revisited: Institutional isomorphism and collective rationality in organizational fields. In: *American Sociological Review* 48, S. 147–160.

- Dolata, Ulrich, 2011: *Wandel durch Technik. Eine Theorie soziotechnischer Transformation*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Dolata, Ulrich/Schrage, Jan-Felix, 2013: *Zwischen Individuum und Organisation. Neue kollektive Akteure und Handlungskonstellationen im Internet*. SOI Discussion Paper 2013-02.
- Fligstein, Neil, 2001: *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of Twenty-First-Century Capitalist Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Fligstein, Neil/McAdam, Doug, 2011: Towards a general theory of strategic action fields. In: *Sociological Theory* 3/2011, S. 1–26.
- Fligstein, Neil/McAdam, Dough, 2012: *A theory of fields*. Oxford/ New York: Oxford University Press.
- Fuchs, Gerhard/Hinderer, Nele/Kungl, Gregor/Neukirch, Mario, 2012: *Adaptive Capacities, Path Creation and Variants of Sectoral Change. The Case of the Transformation of the German Energy Supply System*. SOI Discussion Paper 2012-02.
- Gerbautet, Clemens/Kunz, Friedrich/Hirschhausen, Christian von/Zerrahn, Alexander, 2013: Netzsituation in Deutschland bleibt stabil. In: *DIW Wochenbericht* 20/21, S. 3–12.
- Hirschhausen, Christian von, 2013: Acht Fragen an Christian von Hirschhausen. „Keine Strom-Autobahnen für Kohlekraftwerke.“ In: *DIW Wochenbericht* Nr. 20/21, S. 13.
- Hirschhausen, Christian von/Beestermöller, Christina/Wand, Robert, 2010: *Bewertung der dena-Netzstudie II und des europäischen Infrastrukturprogramms*. Gutachten im Auftrag des WWF Deutschland. Berlin, 23.11.2010.
- Hohmeyer, Olav/Bohm, Sönke/Bökenkamp, Gesine/Wiese, Frauke, 2011: *Atomausstieg 2015 und regionale Versorgungssicherheit*. Kurzgutachten. Zentrum für nachhaltige Energiesysteme der Universität Flensburg. [http://www.alt.fh-aachen.de/downloads/Allgemeines/Erdkabel% 20380 kV Oswald Bruderle FDP DENA 22.02.2011.pdf](http://www.alt.fh-aachen.de/downloads/Allgemeines/Erdkabel%20380kV%20Oswald%20Bruderle%20FDP%20DENA%2022.02.2011.pdf), Abruf 11.7.2013.
- Iken, Jörn, 2011: Netz mit vielen Löchern. In: *Sonne, Wind & Wärme* 14/2011, S. 58–59.
- Jacobsson, Staffan/Lauber, Volkmar, 2006: The politics and policy of energy system transformation – explaining the German diffusion of renewable energy technology. In: *Energy Policy* 34, S. 256–276.
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M., 2007: *Notwendigkeit der geplanten 380kV-Verbindung Raum Halle – Raum Schweinfurt (Südwestkuppelleitung)*. Kurzfassung vom 29.10.2007. Wiesbaden. <http://achtung-hochspannung.de/cms/upload/pdf/Gutachten380kVKurzfassung.pdf>, Abruf 29.5.2013.
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M., 2009: Mehr Übertragungsleistung in Höchstspannungsnetzen. Optimierung geht vor Verstärkung und Neubau – Dena-Netzstudie I ist überholt. In: *energy 2.0* 2. 2009, <http://www.energy20.net/pi/index.php?StoryID=317&articleID=153490>, Abruf 31.5.2013.
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M., 2010: *Aktualisiertes wissenschaftliches Gutachten zur Notwendigkeit der geplanten 380kV-Verbindung Raum Halle – Raum Schweinfurt*. Kurzfassung vom 24.7.2010. <http://www.jarass.com/Energie/A/Gutachten%20380kV,%20Kurzfassung.pdf>, Abruf 5.3.2013.
- Kieser, Alfred/Ebers, Mark (Hg.), 2006: *Organisationstheorien*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Bella, 2013: „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin“. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Walter, Franz et al. (Hg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 94–138.
- Mautz, Rüdiger/Byzio, Andreas/Rosenbaum, Wolf, 2008: *Auf dem Weg zur Energiewende: Die Entwicklung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Mautz, Rüdiger/Rosenbaum, Wolf, 2012: Der deutsche Stromsektor im Spannungsfeld energiewirtschaftlicher Umbaumodelle. In: *WSI Mitteilungen* 2/2012, S. 85–93.
- Mayntz, Renate/Hughes, Thomas P. (Hg.), 1988: *The development of large technical systems*. Frankfurt a.M.: Campus.

- Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter, 1972: *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Neukirch, Mario, 2010: *Die internationale Pionierphase der Windenergienutzung*. Dissertation. Göttingen.
- Neukirch, Mario, 2012: Grüner Netzausbau für schmutzigen Strom? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6, S. 25–28.
- Neukirch, Mario, 2013: Ausbau der Stromnetze – Konflikte und Perspektiven der deutschen Energiewende. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 22(2), S. 138–139.
- Ohlhorst, Dörte, 2011: Energiemix im Lobbygeflecht – das Ringen der Akteure um die Weichenstellungen für die Zukunft. In: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hg.), 2011: *Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 73–95.
- Rau, Irina/Schweizer-Ries, Petra/Zoellner, Jan, 2010: *Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle – Mecklar (Niedersachsen und Hessen)*. Saarbrücken 30.6.2010.
- Reiche, Danyel, 2004: *Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterpolitik*. Frankfurt a.M./Berlin: Peter Lang.
- Rucht, Dieter/Roth, Roland, 2008: *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scharpf, Fritz W., 2000: *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: Leske+Budrich.
- Schnelle, Kerstin/Voigt, Matthias, 2012: *Energiewende und Bürgerbeteiligung. Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten am Beispiel der „Thüringer Strombrücke“*. Studie erstellt im Auftrag von Germanwatch e.V., DAKT e.V., Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen.
- Schröder, Andreas/Pao-Yu Oei/Hirschhausen, Christian von/Gerbautet, Clemens, 2012: In Ruhe planen: Netzausbau in Deutschland und Europa auf den Prüfstand. In: *DIW Wochenbericht* 20, S. 3–12.
- Unruh, Gregory C., 2000: Understanding carbon lock-in. In: *Energy Policy* 28, S. 817–830.
- Walk, Heike, 2008: *Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden: VS.
- Werle, Raymund, 2007: Pfadabhängigkeit. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS.
- Zimmer, Rene/Kloke, Sarah/Gaedke, Max, 2012: *Der Streit um die Uckermarkleitung – eine Diskursanalyse. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“*. Herausgegeben vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. Berlin.

Quellen mit Internetnachweisen

Gesetzestexte und Stellungnahmen der Akteure

- Anerkannte Naturschutzverbände Brandenburg: „*Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände in Brandenburg gegen die 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen (Uckermarkleitung)*“ vom 23.9.2010. <http://www.bar-blog.de/2010/09/26/stellungnahme-der-anerkannten-naturschutzverbaende-in-brandenburg-gegen-die-380-kv-freileitung-bertikow-neuenhagen-uckermarkleitung-2>, Abruf 28.5.2013.
- BI „Bürgerinitiative Lahstedt – Keine Megamasten – 380 kV in die Erde“: *Pressemitteilung*, 4.2.2011. http://www.buergerinitiative-lahstedt-380kv.de/pressemitteilung_04.02.2011.pdf, Abruf 31.5.2013.
- BI „Hohen Limburg unter Höchstspannung“: <http://hohenlimburg-unter-hoehchstspannung.de/index.php/die-sachlage/unsere-ziele>, Abruf 29.5.2013.

- BI „Pro Erdkabel Bad Gandersheim/Kreiensen“, „Südkreis“ (Bodenburg, Lamspringe, Sehlem u.a.), „Freileitungsgegner Kalefeld“, „Delligsen in der Hilsmulde“ und „Keine 380-kV-Freileitung im Werra-Meißner-Kreis“: *Presseerklärung*, 3.4.2011. <http://www.bi-hilsmulde.de/doku/pressemitteilung-anhoerung-final.pdf>, Abruf 31.5.2013.
- BI „Pro Erdkabel Neuss-Reuschenberg“. <http://www.pro-erdkabel-neuss.de>, Abruf 13.9.2013.
- BI „Pro Erdkabel Neuss-Reuschenberg“: *Positionspapier vom 18.12.2012*. <http://www.pro-erdkabel-neuss.de/wofuer-wir-kaempfen.html>, Abruf 13.9.2012.
- BI „Pro-Erdkabel-Neuss-Reuschenberg“: *Positionspapier der BI „Pro-Erdkabel-Neuss-Reuschenberg“ vom 18.2.2012*. <http://www.pro-erdkabel-neuss.de/wofuer-wir-kaempfen.html>, Abruf 29.5.2013.
- BI Quickborn gegen Riesenmasten e. V.: *Stellungnahme „No. 136- NEP 2013“ vom 14.4.2013*. <http://www.quickborn-gegen-riesenmasten.de/index.php/rundmails-leser/items/136.html>, Abruf 28.5.2013.
- BUND-Thüringen: *Pressemitteilung vom 5.3.2010*. <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/lebens/uleve025.html>, Abruf 27.5.2013.
- Bundesverband Erneuerbare Energie: *Pressemitteilung*, 30.5.2012. <http://www.bee-ev.de/3:988/Meldungen/2012/Netzentwicklungsplan-zeigt-Energiewende-ist-machbar.html>, Abruf 31.5.2013.
- Bundesverband Windenergie: *Pressemitteilung*, 23.11.2013. <http://www.windenergie.de/presse/pressemitteilungen/2010/dena-netzstudie-ii-springt-zu-kurz>, Abruf 13.5.2013.
- Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat“ (Hg.), 2009: *Keine 380kV Freileitung durch Barnim und die Uckermark. Argumente – Daten – Fakten zur Uckermark-Leitung*. Nauendorf (zitiert als: BI „Biosphäre unter Strom“ 2009).
- Bürgerinitiative „Quickborn unter Höchstspannung“. <http://380kvquickborn.de/tl/Unsere-Argumente-htm>, Abruf 28.5.2013.
- Bürgerinitiative „Vorsicht Hochspannung“. <http://www.vorsicht-hochspannung.com/Ueber%20uns.htm>, Abruf 17.4.2013.
- Bürgerinitiative (BI) e.V.: *„Keine 380kV-Freileitung im Werra-Meißner-Kreis“*, Flyer Ausgabe/Stand August 2009. <http://www.keine-380-kv-freileitung-werra-meissner.de/downloads.html>, Abruf 31.5.2013.
- Bürgerinitiativen für einen umweltverträglichen Stromtransport in Deutschland, 2008: *Beim Ausbau der Stromnetze Bürgerrechte wahren und Erdkabel favorisieren. Appell an die Mitglieder des Bundesrates und des Bundestages*.
- Bürgerinitiativen-Verband (Protestzonen EnLAG Nr.2–6): *„Appell der Bürgerinitiativen für einen menschen- und umweltgerechten Stromtransport“*. Undatiert. <http://www.saubere-energie-doerpen.de/index.php>, Abruf 31.5.2013.
- CDU-Fraktion Quickborn: *Pressemitteilung 26.6.2009 „CDU-Fraktion verlangt Erdverkabelung der 380 kV Trasse zwischen Ulzburger Landstraße und Kieler Straße“*. <http://www.cdu-quickborn.de/Presse/Presse%20A.htm>, Abruf 28.5.2013.
- CDU-Ortsverbände Bad Gandersheim, Kreiensen und Verband Altes Amt: *Offener Brief an den niedersächsischen Ministerpräsidenten vom 11.10.2010*. www.cdu-kreiensen.de/download/?file=besuch_ministerpraesident_11.9.2010_forderungen.pdf, Abruf 18.2.2012.
- Deutsche Umwelthilfe: *Pressemitteilung 27.4.2011*. [http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=2578](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=2578), Abruf 31.5.2013.
- Die Grünen Bundesfraktion, 2011: *Stromnetze 2020plus – jetzt in die Energiezukunft investieren*. Fraktionsbeschluss, 13.1.2011. http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/PDF/stromnetze_2020plus.pdf, Abruf 31.5.2013.
- Die Linke Bundesfraktion, 2009: *Entwicklung eines modernen Stromnetzes mittels Erdkabel*. Position, Stand: 10.2.2009. Verfasst durch Björn Schering. http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Positionen/Position_DIE_LINKE_-_Moderne_Stromnetze_mit_Erdkabel.pdf, Abruf 31.5.2013.

- Enders, Petra: *Pressemitteilung 14.3.2012*. http://www.petra-enders.de/index.php?id=34881&no_cache=1. Abruf 29.5.2013.
- EnLAG, 2009: *Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) vom 21. August 2009*. Bundesgesetzblatt Teil I: 2870.
- Europacable: *Stellungnahme*, 11.12.2008. <http://www.netzausbau-niedersachsen.de/downloads/1691305stimmung.europacableenlag.pdf>, Abruf 31.5.13.
- FDP-/Grüne-Landtagsfraktionen Brandenburg: *Gesetzentwurf vom 26.8.2010 „Gesetz über Hoch- und Höchstspannungsleitungen in der Erde (Brandenburgisches Erdkabelgesetz – ErdKGBbg“*. In: *Drucksache 5/1887, 5. Wahlperiode, Landtag Brandenburg*. http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_1800/1887.pdf, Abruf 28.5.2013.
- Germanwatch: *Pressemitteilung, 23.11.2010*. <http://germanwatch.org/presse/2010-11-23.htm>, Abruf 31.5.2013.
- Initiative Pro Erdkabel NRW. <http://pro-erdkabel-nrw.npage.de/index.html>, Abruf 22.4.2013.
- Interessengemeinschaft gegen den Bau der 380KV-Leitung von Halle nach Schweinfurt. http://www.achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php, Abruf 13.9.2013.
- Niedersächsisches Erdkabelgesetz, 2006: *Niedersächsisches Gesetz über die Planfeststellung für Hochspannungsleitungen in der Erde* vom 13. Dezember 2007.
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt* Nr.40/2007: 709.
- Rüttinger, Kristina, Sprecherin der BI „Stoppt die 380kV-Leitung – BI Bockstadt-Herbertswind-Heid-Eisfeld“: *Verschriftlichter Redebeitrag vor dem Bauausschuss des Thüringer Landtages* am 31.5.2007. <http://www.gegen380kv.bockstadt.com/index.htm>, Abruf 29.5.2013.
- Schörshusen, Horst, 2010: *Netzausbau in Niedersachsen – Rückblick und aktuelle Herausforderungen*. Vortragsprotokoll vom 6. Mai 2010, Kongress der Deutschen Umwelthilfe, Berlin. http://www.forum-netzintegration.de/uploads/media/DUH_Schoershusen_Text_WS5_06052010.pdf, Abruf 31.5.2013.
- SPD Quickborn, 2011: *„SPD fordert Schutz der Bürger bei Riesenmasten“*. Pressemitteilung vom 19.5.2011. <http://www.spd-net-sh.de/pi/quickborn/index.php?mod=article&op=show&nr=10466>, Abruf 28.5.2013.
- Stadt Neuss: *Beschluss-Auszug*, 29.1.2009. <http://www.pro-erdkabel-neuss.de/stadt-neuss.html>, Abruf 29.5.2013.
- WWF, 2010: *Pressemitteilung*, 23.11.2010. <http://www.presseportal.de/pm/6638/1722637/maengel-im-netzausbauszenario-wwf-kommentiert-dena-ii-studie-zum-ausbau-des-deutschen-stromnetzes>, Abruf 31.5.2013.
- Zinn, Carsten (Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel/Eberswalde): *Stellungnahme zur Uckermarkleitung vom 7.9.2010*. „*Daran sollte dabei gedacht werden – Planfeststellungsverfahren Neubau der 380-kV-Freileitung Bertikow – Neuenhagen (Uckermarkleitung)*“. In: *Barnimer Bürgerpost*, 7.9.2010. <http://www.bar-blog.de/wp-content/uploads/2007/04/bbp1009.pdf>, Abruf 28.5.2013.

Zeitungsberichte

- Barnim-Blog Eberswalde und Bernau*, 15.5.2011. <http://www.bar-blog.de/2011/05/15/wege-und-holzwege-zur-erdverkabelung-der-uckermarkleitung>, Abruf 28.5.2013.
- Barnim-Blog Eberswalde und Bernau*, 26.10.2008. <http://www.bar-blog.de/2008/10/26/380-kv-freileitungstrasse-ortsbuergemeister-melden-sich-zu-wort>, Abruf 28.5.2013.
- Barnimer Bürgerpost*, 5.12.2008. <http://www.bar-blog.de/wp-content/uploads/2009/01/bbp0812.pdf>, Abruf 31.5.2013
- CO2-Handel.de*, 23.11.2010. http://www.co2-handel.de/article340_15439.html, Abruf 31.5.2013.
- Einbecker Morgenpost*, 4.10.2012. <http://www.einbecker-morgenpost.de/interessantes-nachricht/items/bi-pro-erdkabel-setzt-auf-den-klageweg.html>, Abruf 31.5.2013.

- Erneuerbare Energien*, 28.9.2011. <http://www.erneuerbareenergien.de/hat-hamburg-ein-energieproblem/150/490/32071/>, Abruf 31.5.13.
- FR-online*, 5.10.2010. <http://www.fr-online.de/wirtschaft/energieausbau-gegen--mega-masten-1472780,4715718.htm>, Abruf 31.5.2013.
- Freies Wort*, 17.8.2007. http://achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php?idcat=5&idart=132, Abruf 29.5.2013.
- Freies Wort*, 2.4.2013. http://achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php?idcat=5&idart=335, Abruf 29.5.2013.
- Freies Wort*, 23.9.2008. http://achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php?idcat=5&idart=276, Abruf 29.5.2013.
- Freies Wort*, 26.6.2007. http://achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php?idcat=5&idart=108, Abruf 29.5.2013. *Freies Wort*, 28.7.2007. http://achtung-hochspannung.de/cms/front_content.php?idcat=5&idart=123, Abruf 29.5.2013.
- Klimaretter.info*, 12.4.2011. <http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/8383-greenpeace-rechnet-ausstieg-bis-2015-vor>, Abruf 5.9.2013.
- Klimaretter.info*, 5.4.2013. <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/13415-netzausbau-hoehchstspannungsnetz>, 31.5.2013.
- Kreiszeitung.de*, 7.2.2013. <http://www.kreiszeitung.de/lokales/oldenburg/harpstedt/gemeinde-colnrade-rueckt-ihrer-forderung-nicht-2737704.html>, Abruf 28.5.2013.
- Märkische Oderzeitung*, 24.6.2012. <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1026440/>, Abruf 28.5.2013.
- Märkische Oderzeitung*, 29.3.2013. <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1126854/?type=98&cHash=b1c8e1752eb6302f5ded46bd77147fe1>, Abruf 28.5.2013.
- Münsterland Zeitung*, 24.7.2009.
- NGZ Online Kaarst*, 4.7.2012. <http://www.ngz-online.de/kaarst/nachrichten/stadt-will-erdkabeloesung-1.2896957>, Abruf 29.5.2013.
- Nordwest Zeitung*, 2.11.2004. <http://www.vorsicht-hochspannung.com/Grundung.pdf>, Abruf 28.5.2013.
- Nordwest Zeitung*, 27.7.2012. http://www.vorsicht-hochspannung.com/Presse_Trasse/2012/20120227_nwz_del_kreisblatt_gemeinden_kaempfen_fuer_erdkabel.pdf, Abruf 28.5.2013.
- Nordwest Zeitung*, 9.7.2008. http://www.vorsicht-hochspannung.com/Presse_Trasse/2008/090708_nwz_kreistag_erdleitung_gefordert.pdf, Abruf 28.5.2013.
- NWZ-Online*, 15.2.2013. http://www.nwzonline.de/oldenburg-kreis/wirtschaft/380-kv-freileitung-elektrisiert-anlieger_a_2_0,1702021743.html, Abruf 28.5.2013.
- Pinneberger Tageblatt*, 15.2.2013. <http://www.pinneberger-tageblatt.de/nachrichten/lokales/quickborn/artikeldetails/article/111/jeder-meter-abstand-ein-gewinn.html>, Abruf 28.5.2013.
- Quickborner Tageblatt*, 26.7.2012. <http://www.quickborner-tageblatt.de/nachrichten/lokales/quickborn/artikeldetails/article/111/strommasten-gegner-wollen-kriegskasse-fuellen.html>, Abruf 28.5.2013.
- Quickborner Tageblatt*, 29.12.2012. <http://www.quickborner-tageblatt.de/nachrichten/lokales/quickborn/artikeldetails/article/219/riesenmasten-initiative-appelliert-an-grundstueckseigentuemer.html>, Abruf 28.5.2013.
- Quickborner Tageblatt*, 30.1.2013. <http://www.quickborner-tageblatt.de/artikel/article//klageentwurf-liegt-in-der-schublade.html?print=>, Abruf 28.5.2013.
- RP Online*, 1.2.2013. <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/krefeld/nachrichten/anwalt-kaempft-fuer-erdkabel-1.3160021>, Abruf 29.5.2013.
- Salzgitter Zeitung*, 4.12.2010. <http://www.salzgitter-zeitung.de/lokales/Salzgitter/freileitungsgegner-orientieren-sich-an-norwegen-modell-id213494.html>, Abruf 27.2.2012.

SEK-News, 27.8.2010. <http://www.seknews.de/2010/08/27/kreis-sagt-nein-zur-hochspannungsleitung-im-fuldatal/>, Abruf 31.5.2013.

welt.de, 16.12.2012. <http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article112049129/Endlich-klappt-auch-mal-was-bei-der-Energiewende.html>, Abruf 31.5.2013.

welt.de, 29.5.2012. <http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article106385902/Netzausbau-an-die-Oekostromproduktion-koppeln.html>, Abruf 31.5.2013.

Weitere Publikationen

Stuttgarter Beiträge zur Organisations- und Innovationsforschung

Dolata, Ulrich/Schrabe, Jan-Felix, 2013: *Zwischen Individuum und Organisation. Neue kollektive Akteure und Handlungskonstellationen im Internet*. SOI Discussion Paper 2013–2.

Kosche, Robert, 2013: *Kollektive Identitäten in Industrial Cultural Districts*. SOI Discussion Paper 2013–1.

Fuchs, Gerhard/Hinderer, Nele/Kunzl, Gregor/Neukirch, Mario, 2012: *Adaptive Capacities, Path Creation and Variants of Sectoral Change*. SOI Discussion Paper 2012–2.

Fuchs, Gerhard/Wassermann, Sandra, 2012: *Organising a Market. Photovoltaics in Germany*. SOI Discussion Paper 2012–1.

Werle, Raymund, 2011: *Institutional Analysis of Technical Innovation. A Review*. SOI Discussion Paper 2011–04.

Dolata, Ulrich, 2011: *Radical Change as Gradual Transformation. Characteristics and Variants of Socio-technical Transitions*. SOI Discussion Paper 2011–03.

Dolata, Ulrich, 2011: *The Music Industry and the Internet*. SOI Discussion Paper 2011–02.

Schrabe, Jan-Felix, 2011: *Der Wandel des Buchhandels durch Digitalisierung und Internet*. SOI Discussion Paper 2011–01.

Bücher

Dolata, Ulrich, 2013: *The Transformative Capacity of New Technologies. A Theory of Sociotechnical Change*. London: Routledge.

Dolata, Ulrich/Schrabe, Jan-Felix (Hg.), 2013: *Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien. Radikaler Wandel als schrittweise Rekonfiguration*. Berlin: Edition Sigma.

Dolata, Ulrich, 2011: *Wandel durch Technik. Eine Theorie soziotechnischer Transformation*. Frankfurt/New York: Campus.

Schrabe, Jan-Felix, 2012: *Wiederkehrende Erwartungen. Prognosen, Visionen und Mythen um neue Medien seit 1970*. Boizenburg: Hülsbusch.

Schrabe, Jan-Felix, 2011: *Gutenberg-Galaxis Reloaded? Der Wandel des deutschen Buchhandels durch Internet, E-Books und Mobile Devices*. Boizenburg: Hülsbusch.

Schrabe, Jan-Felix, 2010: *Neue Demokratie im Netz? Eine Kritik an den Visionen der Informationsgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.

Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden

Dolata, Ulrich, 2012: Radikaler Wandel als graduelle Transformation. In: Decker, Michael/Grunwald, Armin/Knapp, Martin (Hg.): *Der Systemblick auf Innovation*. Berlin: Edition Sigma, 95–106.

Dolata, Ulrich, 2011: Soziotechnischer Wandel als graduelle Transformation. In: *Berliner Journal für Soziologie* 21(2), 265–294.

Dolata, Ulrich, 2009: Technological Innovations and Sectoral Change. Transformative Capacity, Adaptability, Patterns of Change. In: *Research Policy* 38(6), 1066–1076.

Fuchs, Gerhard/Sandra Wassermann, 2012: From Niche to Mass Markets in High Technology: The Case of Photovoltaics in Germany. In: Johannes Bauer, Achim Lang, Volker Schneider (eds.): *Innovation Policy and Governance in High-Tech Industries*. Heidelberg/Berlin: Springer, 219–244.

Fuchs, Gerhard, 2010: Path Dependence and Regional Development: What Future for Baden-Wuerttemberg? In: Georg Schreyögg/ Jörg Sydow (eds): *The Hidden Dynamics of Path Dependence. Institutions and Organizations*. Houndmills: Palgrave, 178–196.

Neukirch, Mario, 2013: Ausbau der Stromnetze – Konflikte und Perspektiven der deutschen Energiewende. In: *GAIA* 22(2), 138–139.

Neukirch, Mario, 2010: Grüner Netzausbau für schmutzigen Strom? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2012, 25–28.

Schrabe, Jan-Felix, 2011: Social Media, Massenmedien und gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion. In: *Berliner Journal für Soziologie* 21(3), 407–429.

Schrabe, Jan-Felix, 2011: Was ist die ‚Markenidentität‘ der Soziologie? In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 34(2), 141–153.

Werle, Raymund/Troy, Irene, 2012: Wissen handelbar gemacht? Politik und Patente. In: *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 46/2012, 152–189.

Werle, Raymund, 2012: Institutions and Systems: Analysing Technical Innovation Processes from an Institutional Perspective. In: Johannes Bauer, Achim Lang, Volker Schneider (eds.): *Innovation Policy and Governance in High-Tech Industries*. Heidelberg/Berlin: Springer, 23–47.

Werle, Raymund/Jürgen Feick, 2010: Regulation of Cyberspace. In: Martin Cave/ Robert Baldwin/Martin Lodge (eds): *The Oxford Handbook of Regulation*. Oxford: Oxford University Press, 523–547.

www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen